

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

6. Woche für die Zeit vom 8. bis 14. Februar 1901.

Posen, den 19. Februar 1901.

B e r i c h t

über die am 13. Februar er. im BazarSaale,
hier selbst, stattgefundene Generalversammlung
des Verbandes polnischer Landwirthe.

Der Vorsitzende, Rittergutsbesitzer M. v. Zoltowski-Godurowo, eröffnete die von etwa 200 Personen besuchte Versammlung kurz nach 1 Uhr und ertheilte dem Schriftführer Karl v. Sczaniecki-Posen das Wort zur Berichterstattung über die bisherige Thätigkeit des Vereins. Dieser Herr führte aus:

Der Verein habe in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits eine rege Thätigkeit entfaltet, es seien fünf polnische Besitzungen, welche der Gefahr ausgesetzt gewesen seien, in fremde Hände überzugehen, durch die Fürsorge des Vereins der polnischen Gesamtheit erhalten worden.

Die gegenwärtige Mitgliederzahl betrage 203, die Gesamteinnahmen hätten bis jetzt den Betrag von 5448,50 Mark erreicht, welcher zum größten Theile ausgegeben worden sei. Das sei gewiß ein recht erfreuliches Resultat für den jungen Verein; ein rasches Emporblühen des Verbandes stehe sicher bevor, nur müsse jedes Mitglied eifrig bemüht sein, dem Verbande neue Mitglieder zuzuführen. Redner sprach die Erwartung aus, daß am Schlusse des nächsten Vereinsjahres die Zahl der Mitglieder ums Doppelte gestiegen sein werde.

v. Milewski-Bieganowo machte den Vorschlag, Statuten an die Landwirthe zu versenden, da es viele polnische Besitzer gebe, die überhaupt noch gar nicht oder doch nur wenig über den Verband orientirt seien; außerdem werde dem Vereine von vielen Seiten Mißtrauen entgegengebracht, dieses Mißtrauen müsse durch die Mitglieder beseitigt werden, dann erst könne man auf eine gedeihliche Entwicklung des Verbandes rechnen.

v. Gulewicz führte aus: Der Verband der polnischen Landwirthe sei eine Institution, deren die polnischen Besitzer schon lange bedurft hätten, man könne ihm keinen anderen Vorwurf machen als den, daß er eine Reihe von Jahren zu spät gegründet worden sei. Die Nothwendigkeit des Vereins sei eine nicht abzuleugnende Thatsache. Vielen Unbeholfenen werde Gelegenheit geboten, Rath und Hilfe beim Verbande zu finden, sie würden vor der Gefahr, das Eigenthum in fremde Hände übergehen zu lassen, geschützt. Wenn der junge Verein in der kurzen Zeit seines Bestehens schon so viel Segens-

reiches gestiftet habe, so sei zu hoffen, daß er auch in Zukunft gute Resultate in der Erhaltung des polnischen Grundbesitzes aufzuweisen haben werde.

Dr. von Jackowski-Pomarzanowice ersuchte die Mitglieder, ihre Pflichten als solche stets gewissenhaft zu erfüllen und nicht müde zu werden, falls man dabei auf Schwierigkeiten stoßen sollte. Es gebe viele Menschen, die entweder mit wirtschaftlicher oder moralischer Blindheit geschlagen seien, sie wüßten zunächst nicht, den rechten Weg zu finden; auch hier sei der Verband am Platze, mit Rath und That beizustehen. Man warne die Unbeholfenen vor der Zeit und gebe ihnen Weisung, was sie zur Erhaltung ihres Besitzes zu thun hätten. Zunächst verweise man solche Leute an die Vertrauensmänner des Verbandes, deren es — wie bekannt — 43 für Posen und Westpreußen gebe, und belehre sie, daß durch Vermittelung der Vertrauensmänner vom Verbande aus Hilfe ohne Zweifel gebracht werden würde.

v. Gulewicz bekundete seinen Mißmuth darüber, daß der Verband von vielen Seiten abfällig beurtheilt worden sei, das geschehe allerdings von solchen Personen, denen Zweck und Ziele des Verbandes nicht hinlänglich bekannt seien. Aber auch derartige Kritiken seien dazu angethan, der ganzen Sache zu schaden, daher müsse jedes Mitglied an sich bestrebt sein, solchen leichtsinnigen Beurtheilern heimzuleuchten und sie eines Besseren zu belehren.

v. Zoltowski-Niechanowo beantragte, auch der häuerlichen Besitzer zu gedenken und sich mit der Hilfeleistung zu beeilen, sobald jemandes Existenz ins Schwanken gerathe; ferner forderte er eine bessere Regelung der Verwaltung der Vereinsgeschäfte, da die gegenwärtige eine mangelhafte sei. v. Sczaniecki-Posen wies darauf hin, daß der Vorstand bereits Schritte nach dieser Richtung hin gethan habe und demnächst auch darin Wandel schaffen werde.

Nachdem der Bankdirektor Dr. v. Ralkstein und Kaufmann Johann Paczkowski aus Posen in die Revisionskommission gewählt worden waren, schloß der Vorsitzende unter Dankesworten für die zahlreiche Betheiligung die Versammlung um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr.

B ö h m e r,

Hilfs-Polizeikommissar.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 5 der Praca

vom 3. Februar 1901:

Eine Antwort für die Minister.

Es war am 15. und 16. Januar des Jahres 1901, als im preussischen Abgeordnetenhaus die Minister von Miquel, Studt und von Rheinbaben einmütig die Gefahr ankündigten, welche Preußen und Deutschland seitens der im Großherzogthum Posen wohnenden Polen drohe, sie schlugen Alarm, so daß in ganz Deutschland ihre Trompetenstöße zu hören und ihre Besorgniß zu spüren waren, und vom Ministertische fiel ein dichter Hagel redegewaltiger Bomben, Kugeln und Kartätschen auf unsere polnischen Häupter hernieder. Arme Minister! Wie müssen sie heute das Andenken ihrer Amts-Vorgänger, der Rathgeber jener preussischen Könige verfluchen, welche ihre Hände nach fremdem Eigenthume, nach unseren polnischen Landestheilen ausgestreckt haben. Es ist gewiß, daß ihnen heute unsere polnischen Besitzungen wie ein Knochen im Halse stecken (wörtlich: daß ihnen unsere polnischen Hörner heute höllisch im Halse stecken), empfindliche Schmerzen bereiten. Mögen sie sich mit den Worten des großen deutschen Dichters trösten: „Das ist der Fluch der bösen That.“

Doch im Grunde genommen, wer würde wohl thatächlich an die Gefahr glauben, mit welcher dem heute so mächtigen und gepanzerten Deutschland und Preußen unser armes und zerschlagenes, von allen Seiten von Feinden umringtes Häuflein Polen drohen können! Es ist geradezu lächerlich, hier von irgend welcher Gefahr zu sprechen, an die zu glauben es einem vernünftigen Menschen unmöglich ist; desto mehr bedarf es geradezu bösen Willens, der Heuchelei und Frechheit, um mit solcher erdichteten Gefahr die gewaltigen Mittel zu entschuldigen, welche heutzutage die preussische Regierung zu unserer Ausrottung benutzt.

Wir haben angesichts des ganzen Arsenal's dieser Germanisirungsmittel nur eine Waffe, aber diese wird uns nicht betrügen: uns zur Seite stehen Billigkeit und Gerechtigkeit, wir sind die Herren in dem seit Menschengedenken uns eigenen Hause und lassen uns aus demselben nicht vertreiben! Nicht wir haben euch, sondern ihr habt uns an euch gerissen. Nicht wir sind zu euch, sondern ihr seid zu uns gekommen, und unter unserem Dache genießet ihr Gastfreundschaft. Wer sich hier nicht wohlfühlt, der möge sich von dannen ziehen!

Von den Ministern hat einer unter Anderem gesagt, daß die Polen den preussischen Königen für deren Gunstbezeugungen niemals dankbar gewesen seien. Wir möchten nur wissen, wann und mit welchen Gunstbezeugungen uns die preussischen Könige umgeben haben? Die preussische Geschichte lehrt, daß Friedrich der „Große“ nach der Gunst der Polen getrachtet, und daß er diese Gunst mit falschen Thälern erkaufte; (eine geschichtlich erwiesene Thatsache!) Doch vielleicht hatte der Minister das Besitzergreifungspatent Friedrich Wilhelms III. im Sinne, jenes Patent, in welchem uns versichert worden ist, daß unsere Sprache geachtet, daß sie in allen Aemtern neben der deutschen Sprache gebraucht und daß unserer Nationalität nicht zu nahe getreten werden würde. Das Alles haben uns die preussischen Könige deshalb versprochen, um zehn und etliche

Jahre später durch den Mund des Ministerpräsidenten zu erklären, daß ihre Versprechungen, die Versprechungen der preussischen Könige, nicht einen Pfifferling werth seien. Wohl giebt es noch andere, uns durch die Preußen erwiesene Gnaden und Wohlthaten, so zum Beispiel gefälschte Aufrufe, welche in den Staatsdruckereien gedruckt und den Posener Bürgern zugeschickt worden sind und die das Volk zum Aufstande aufgefordert haben; fernerhin die gefängliche Einziehung unserer Erzbischöfe, der Fond für die Ansiedelungs-Kommission, die gefängliche Einziehung der Frauen, welche armen polnischen Kindern unentgeltlichen Unterricht erteilen, die Ertheilung des Religionsunterrichtes in deutscher Sprache an minderjährige Kinder! Das sind die Wohlthaten, mit denen uns die Preußen beglücken!

Herr v. Miquel, der preussische Finanzminister, blickte, mit dem heiligen Geiste erfüllt, in die Zukunft und erklärte, daß die Hoffnung der Polen auf ihre zukünftige Freiheit eine „naive“ sei und daß sie sich niemals erfüllen werde.

Wir gratuliren Herrn v. Miquel zu seiner prophetischen Gabe, wünschen aber mehr Ruhe, mehr Ueberlegung und weniger „naive“ Erklärungen. Es werden die Zeiten des Herrn v. Miquel und anderer preussischer Finanzminister vorübergehen, aber er kann dessen gewiß sein, daß unser Polenthum im Posenschen nicht aufhören wird. Ueber dem Ministerverstande, welcher manchmal an Naivität grenzt, und über dem Rechte der Kraft, steht das Recht der göttlichen Gerechtigkeit, jene ewige Gerechtigkeit, welche Völker regiert, auch ohne und gegen den Willen von Ministern. Diese ewige Gerechtigkeit also hält unsere Hoffnung aufrecht, nährt unsere Kräfte und heisset uns glauben, daß „trotz zarischer Drohungen,“ zum Tode der ministeriellen Aussprüche auf unserer polnischen Erde, in dem uralten Landestheile der Piasen, in alle Ewigkeit das Lied erklingen wird:

Noch ist Polen nicht verloren,
So lange wir noch leben!

D r d o n.

Aus Nr. 6 der Praca

vom 10. Februar 1901:

An

Wielmożny Pan Podbielski
sekretarz stanu

w Berlinie (Berlin).

„Wenn das Pferd beschlagen wird — hebt der Frosch das Bein“ — (polnisches Sprichwort, welches im Deutschen folgenden Sinn hat: Beispiele regen zu Nachahmungen an) sagt unser, durch seine Trefflichkeit erprobtes Sprichwort. Wider Willen kommt es uns in den Sinn, wenn wir sehen, wie der Herr General der deutschen Posten, v. Podbielski, in der antipolnischen Debatte billige Lorbeeren sammeln wollte und wie sich diese Lorbeeren nach dem Abpflücken in Brenneffeln verwandelt haben.

„Wenn das Pferd beschlagen wird — hebt der Frosch das Bein“ — und so hat auch Herr v. Podbielski, nachdem er gesehen, wie sich die Herren von Miquel, Studt und v. Rheinbaben aus der polnischen Interpellation, in welcher die Polen als Angreifer hingestellt wurden, durchzuwinden verstanden, beschlossen, in ihre Fußtapfen zu treten, und auf die Interpellation der polnischen Abgeordneten hin, weshalb die Post unrechtmäßig Sendungen mit

polnischen Adressen ausschlieÙe, geantwortet, daß im Gegentheil die Post durch die Polen provoziert werde, und daß sie sich wehren müsse, denn die Briefe mit polnischen Adressen mehrten sich immer mehr.

Auf diese seine Worte hin, welche, wie man zu sagen pflegt, gegenüber der Situation und der Interpellation nicht gehauen und nicht gestochen waren, verzogen sich die Gesichter der Abgeordneten sämtlicher Parteien zum Lächeln, und mancher von ihnen wird gewiß bei sich gedacht haben, daß Herr v. Podbielski vor der Debatte augenscheinlich zur Konferenz bei dem Vater des antipolnischen Kurjes, bei Herrn v. Miquel, gewesen sein müsse, und daß ihm Herr v. Miquel als gereifter Politiker gewiß gesagt haben würde: Sie sehen doch, daß wir auf alle polnischen Interpellationen mit der Behauptung antworten, daß die Polen die Angreifer seien — treten Sie daher in unsere Fußtapfen.

Und der Herr General von der Post begab sich so selbstbewußt in die Verhandlungen, indem er meinte, daß er im Besitze einer Universalarznei für die „polnische Debatte“ sei, und daß es genügen werde, seinen buckigen Schmirbart zu streichen und zu sagen: „Ihr seid die Angreifer, und die Post verteidigt sich“ — um das ganze Parlament auf seiner Seite zu haben.

Natürlich kann Niemand von einem General, und dazu noch von einem solchen, welcher das ganze Heer der Briefträger kommandirt, verlangen, daß er ein Diplomat sei, so viel aber könnte und sollte Herr v. Podbielski wissen, daß eine derartige Behauptung in dieser Angelegenheit mit Achselzucken, mit einer Geste des Mitleids und der Frage: was weiter? aufgenommen werden würde.

Und thatsächlich traf ihn solches nach den ersten von ihm ausgesprochenen Phrasen. Die Abgeordneten begannen sich gegenseitig anzublicken, anzustoßen und im Stillen — zu lachen, und als der Herr Postgeneral weiter anfang, auf seinem Pegasus Miquel'scher Logik halbschneckerische Sprünge zu machen, fragte man ihn, ob das eine Antwort sein solle, und der Reichspräsident mußte ihn vor den satyrischen Bemerkungen der Abgeordneten in Schutz nehmen.

Da er sah, daß das v. Miquel'sche Rezept erfolglos sei, gerieth unser General arg in Verwirrung und er verlor die Fassung.

„Wir fragen den Herrn, mit welchem Rechte die Posen Post die Annahme von Sendungen mit polnischen Aufschriften verweigert?“ — so fragten die Abgeordneten; Herr v. Podbielski erzählte ihnen alsdann ein Langes und Breites darüber, wie in Berlin die Post alljährlich gegen 200 000 Postkarten in den Briefkästen finde, die überhaupt keine Adressen trügen, alsdann erzählte er, daß auf den über die Grenze gehenden Sendungen die Adressen mit lateinischen Buchstaben geschrieben werden sollten, und daß ein Fall vorgekommen sei, daß in einem und demselben Orte zwei Personen desselben Namens gewohnt hätten und die Post nicht gewußt habe, welcher von diesen Personen das Geld einzuhandigen sei. —

Mit einem Worte, der Herr General war augenscheinlich der Meinung, daß er mit solchen interessanten Erzählungen imstande sein werde, die Aufmerksamkeit des Parlaments in andere Bahnen zu lenken und daß die neugierig gemachten Abgeordneten anfangen würden, ihn zu fragen: „Wie viele schöner Jungfrauen verkaufen in den Berliner Postämtern Marken“ — und „wie funktionieren die Schreibmaschinen usw.“ — Der Herr General war also nach Möglichkeit bemüht, recht interessant zu sein und er meinte, die in Wallung gerathenen Ge-

müthter beruhigen zu können, falls er Geschichten erzählen werde, welche mit der Interpellation über die polnischen Adressen in gar keinem Zusammenhange stehen.

Aber auch dieses naive Mittel hat den Ärmsten gewaltig im Stiche gelassen, denn die Versammelten, welche das „Geschwätz“ anhörten, fragten ihn schließlich: Nun, wie steht es aber mit jenen Adressen?

Daraufhin beschloß der Herr General, die letzte Waffe in Anwendung zu bringen. In den antipolnischen Debatten hatte er öfter gesehen, wie seine Ministerkollegen — als es nichts mehr zum Ausreden gab — sich der Ausschnitte aus polnischen Zeitungen bedienten. Mit Hilfe dieses Mittels kann man schließlich alles beweisen! Er griff daher zu diesem Mittel und sagte, daß auf die durch den Dziennik Elonski (welcher im Großherzogthum 4 (!) Abonnenten hat) angegebene Lösung im Großherzogthum eine Hochfluth polnischer Adressen hereingebrochen sei.

Unsere Abgeordneten, welche sahen, daß aus diesem Menschen auf gewöhnlichem Wege des Interpellirens nichts herauszubekommen sei, beschloßen, den Gehirnfunktionen des so sehr in die Enge getriebenen Generals etwas zu Hilfe zu kommen und sie fragten: „Haben Sie die betreffende Verfügung erlassen oder nicht?“ „Uff — da haben sie mir die Pistole auf die Brust gesetzt“ — mußte Herr von Podbielski denken, und als es ihm durch den Kopf gegangen war, was wohl mit ihm auf dieser parlamentarischen Arena geschehen werde, wenn er sagen werde, daß er thatsächlich eine solche Verfügung erlassen habe, zog er es „der Sicherheit“ wegen vor, zu sagen, daß er eine solche Verfügung nicht erlassen, im Gegentheil einen diesbezüglichen, durch die provinzialen Postbehörden gestellten Antrag verworfen habe. — Nach diesen Worten athmete er ruhiger, bis seitens der Abgeordneten die weitere Forderung kam: „So strafe denn als Oberster die ungeschlagenen Leute gehörig, welche sich erdreisten, gegen diese Verfügung dem Volke ihre hafatistischen Befehle zu diktiren.“

Der Herr General — welcher für gewöhnlich nicht zu scherzen beliebt, wenn es sich um eine Subordination der Untergebenen handelt — antwortete darauf, daß er gewöhnt sei, mit seinen Untergebenen milde umzugehen, und daß die ganze Agitation gegenüber der Post eine künstliche sei, „denn weshalb verlangen die Herren Polen so viele Mühseligkeiten, weshalb schreiben sie z. B. erst Poznan und dann Posen. Warum brauchen sie nicht lauter deutsche Ausdrücke? Wozu denn diese Zusätze?“

„Was ist da mit ihm zu reden!“ — so entschlüpfte es wider Willen dem Munde eines unserer Abgeordneten. — Entweder versteht er nicht, was zu ihm gesprochen wird, oder er ist so erschrocken, daß er selbst nicht weiß, was er spricht.

„Meine Herren, veröffentlichen Sie meine Rede in Ihren Zeitungen,“ sagte Herr v. Podbielski weiter zu den Polen. Es wäre interessant, zu wissen, was er sich wohl bei der Äußerung dieses Wunsches gedacht haben mag; entweder hielt er sich für einen Redner ersten Ranges, oder er hielt die Leser unserer Zeitungen für so unaufgeklärte Leute, daß sie den Werth seiner Ausführungen nicht verstehen würden.

Aber abgesehen von alledem, können wir nicht umhin, die Aufmerksamkeit noch auf eine Einzelheit zu lenken. Herr v. Podbielski, welcher augenscheinlich zusah, welche Erfolge Herr v. Bülow im Parlament davonträgt, indem er wichtige Sachen mit treffend gewählten Wizen abthat, wollte selbst zu

dieser Methode greifen. Nur vergaß er daran, daß, wenn der Wit ein Wit sein soll, er thatsächlich witzig sein muß und nicht fade und grob sein darf.

Das hat der Herr Postgeneral augenscheinlich vergessen, da er — in der Absicht, die versammelten Abgeordneten durch seinen Wit lustig zu stimmen, anfang, unpassende Bemerkungen zum deutschen Klange des Namens des Herausgebers der Praca zu machen.

„Machen Sie sich einen Begriff davon, meine Herren,“ sagte er, „daß sich in der Agitation gegen die Post ein gewisser polnischer Agitator mit dem rein deutschen Namen Biedermann am meisten hervorthat.“ — Daraufhin brach die ganze Kammer in Lachen aus, aber über Herrn v. Rodbielski, der, obgleich er selbst einen polnischen Namen trägt, sich nicht schämt, gegen die Polen aufzutreten und in den ihm unterstellten Behörden die hakatistische Agitation zu fördern. Natürlich kann man Niemanden deshalb beschuldigen, wenn ihm der liebe Gott die Fähigkeit zur Diplomatie vorenthält. „Der liebe Gott hat dem Kalbe keine Hörner gegeben — weil es damit stoßen würde“ — so sagte der alte Herr Zagloba (dichterische Figur des Sienkiewicz), ein in der Diplomatie erfahrener Mann, welcher wohl Herrn v. Rodbielski noch mehr herunter kapitelte hätte, wenn er heute noch am Leben wäre. Beschuldigen wir daher Herrn v. Rodbielski nicht dafür, daß er sich so unglücklich vertheidigt hat, — denn nicht von Jedem kann man parlamentarische Geschicklichkeit verlangen, besonders nicht von einem General, so viel aber kann man von Jedem erwarten, daß er sich der Erkenntniß nicht verschließe, daß, sobald er den Namen Rodbielski trägt und die Hakatisten vertheidigt, ihm der eigene Verstand gebietet, nicht Jemanden anzutasten, der den Namen Biedermann trägt und die polnische Sache vertheidigt. Sehr richtig hat hierauf der Abgeordnete Ruhnert hingewiesen, indem er dem Rodbielski den Rath erteilte, sich Unterweißer zu nennen, worauf ihm das ganze Haus Beifall zollte.

Herr Unterweißer sollte es eigentlich wissen, daß zwischen den Rodbielskis, welche unter dem Kommando der Hakatisten stehen, und den Biedermanns, die unter der polnischen Fahne stehen, ein gewisser Unterschied besteht. Die Ersteren kann Jeder beschuldigen, daß sie dem Polenthum entsagt haben und deshalb Preußen geworden sind, um die Generalschleife, Orden und hohe Staatswürden zu erhalten; unseren Leuten aber mit den Namen Szule, Stark, Biedermann und Rydel kann kein Mensch auf der Welt zum Vorwurf machen, daß sie, erkaufte durch Gold, in das polnische Lager übertreten seien, denn nicht mit Gold und Ehre, sondern mit Thränen und Betrübniß nährt und entschädigt sie unsere polnische Erde; — und wenn sie ihr treu sind und ihr Anhänglichkeit bewahren, wenn sie ihr Polenthum tief im Herzen tragen und stolz bekennen — so thun sie das deshalb, weil diese polnische Erde einst ihre Vorfahren herzlich aufgenommen und nie danach gestrebt hat, ihnen ihre frühere Nationalität mit Gewalt zu entreißen. Diese Leute also haben es gelernt, dieser Erde dankbar zu sein und sie im Unglück zu lieben — während gewisse Personen aus dem Lager der Hakatisten, welche polnische Namen tragen, wie unser Rodbielski, Boguslawski, Posadowski usw., dem Polenthume — für Gold entsagt haben! —

Wir würden daher also diese Personen bitten, dieser zwischen ihnen und uns bestehenden Verschiedenheit zu gedenken. Möge Herr v. Rodbielski in Zukunft zu seinen mißlungenen Wizen z. B. Deutsche aussuchen, die im russischen Dienste die

baltischen Provinzen entnationalisiren — oder solche, die den Namen Klingenberg und Herkül tragen — dann wird Gleich sich zu Gleich gesellen. — Die Biedermanns möge er lieber in Ruhe lassen, denn sie sind nicht der Karriere wegen Polen. Den Biedermanns steht das Polenthum mehr zu Gesichte, denn es kommt aus dankbarem Herzen, als dem Herrn v. Rodbielski der preußische Patriotismus, welcher gut mit Gold bezahlt ist! — —

Die polnischen Bürger mit deutschen Namen stehen wohl etwas über den deutschen Karrierenreitern mit polnischen Namen — die Gesellschaft ist daher keineswegs gleich.

Möge der Herr Staatssekretär Unter — — Bardon! Rodbielski daran denken, wenn ihn bei der allernächsten Gelegenheit die Lust anwandeln sollte, sich wiederum vor vollem Hause zu blamiren. Und wenn der Herr General v. Rodbielski durchaus nicht imstande sein sollte, die üppigen germanisatorischen Triebe zurückzuhalten, dann raten wir ihm, des guten Beispiels wegen, zuerst seinen Namen nach dem Rezepte des Abgeordneten Ruhnert zu verpreußen.

Aus Nr. 32 des Oredownik

vom 8. Februar 1901:

Die Getreidezölle und die polnischen Großgrundbesitzer.

In Thorn auf dem Landwirthschaftstage haben polnische Großgrundbesitzer aus Westpreußen und dem Großherzogthum der Gazeta Torunska zufolge nachstehenden Beschluß gefaßt:

„Die polnischen Abgeordneten werden auffordert, sich denjenigen ihrer Kollegen anzuschließen, welche wirksame Zölle fordern.“

Für die Resolution trat auch der bekannte Volkswirthschaftler und Großgrundbesitzer Dr. Witold von Skarzynski ein. Das Hauptreferat für die Zölle hielt der Abgeordnete Dr. Roman von Komierowski. Wir haben bereits erwähnt, daß wir es sehr begreiflich finden, wenn die Großgrundbesitzer im eigenen Interesse höhere Zölle fordern. Die polnischen Abgeordneten werden sich zwei einander direkt widersprechenden Resolution gegenüber sehen. Ihre Sache wird es sein, es sich wohl zu überlegen, welche Entscheidung sie schließlich treffen wollen.

In Thorn hat Herr Emil von Czarlinski-Brachnowsko gesagt, man müsse die Zölle unterstützen, denn ein polnisches Blatt habe erklärt, die Abgeordneten müßten im Namen des demokratischen Prinzips gegen die Zölle stimmen und hiergegen müsse man kämpfen. Sehr treffend erwiderte ihm auf der Stelle Herr Dr. W. von Skarzynski, man solle in die Zollangelegenheiten nicht andere mischen, die damit absolut nichts zu thun hätten. Wenn Herr E. von Czarlinski seine Aeußerung auf den Oredownik bezogen hat, so war er schlecht unterrichtet. Wir haben nicht geschrieben, die Abgeordneten sollten im Namen des demokratischen Prinzips gegen die Zölle stimmen, sondern mit Rücksicht auf den nationalen Zusammenhang des gesammten polnischen Elements im preußischen Gebiet. — Der Dziennik Rujawski hatte darauf hingewiesen, daß die Stellung, welche die polnischen Landwirthe in Thorn den Zöllen gegenüber einnahmen, die Un-

achtigkeiten der Ausführungen des Drendownit dargethan hätten. Darauf entgegnet dies Blatt: „Wir rathen dem Dziennik, sich die in der Posener Wählerversammlung gefaßten Beschlüsse näher anzusehen, noch besser aber wird das Blatt thun, wenn es die zahlreiche Klasse der Arbeiter in und um Inowrazlaw, sowie die Kleinhandwerker, Krämer und kleinen Wirthe darüber befragt, was sie dazu sagen, daß der Abgeordnete Dr. von Komierowski in Thorn die Erhöhung der Zölle bis auf 8 Mark für den Doppelzentner befürwortet und erklärt hat, seiner Meinung nach müßten die polnischen Abgeordneten für sehr hohe Zölle eintreten.“

Aus Nr. 32 des Dziennik Poznański

vom 8. Februar 1901:

Briefe aus der Fremde.

Betrifft die Polonisirung der Deutschen.

Als ich den dreisten Vorwurf las, den der General von Boguslawski in seiner Broschüre: „85 Jahre zur Regierungspolitik in Posen“ machte, daß die katholische Geistlichkeit gelegentlich der Ohrenbeichte und Trauungen die Deutschen polonisiere, drängte sich mir die Frage auf, woher wohl der Herr General die genauen Informationen habe, daß er etwas derartiges zu behaupten wage? Ich nehme doch nicht an, daß er als General seine Untergebenen auskundschaften läßt und daß diese ihm einen der Wahrheit nicht entsprechenden Rapport erstatteten. (General v. B. ist a. D. Red.) So liegt die Sache nicht, der Herr General wiederholt nur das, was bereits vor ihm unsere anderen Feinde ohne Ueberlegung behaupteten und zwar theils aus Unkenntniß, theils aus Bosheit darüber, daß sie Leute verlor, die bisher gute, wahrheitsliebende Deutsche waren und auf einmal tüchtige Polen geworden sind. Diese Aenderung führte jedoch nicht die katholische Geistlichkeit herbei, sondern sie ist das Verdienst des preußischen Militärs und der Regierung. Meine Herren Sakatisten, seid nicht enttäuscht über die Regierung oder die Offiziere, unbewußt haben sie diese Aenderung herbeigeführt, und sind in dieser Beziehung unschuldig. Wie dies geschehen ist, werde ich kurz erzählen.

Als ich vor 43 Jahren im preußischen Heere, in einem der Garderegimenter diente, in welchem neben dem Bamberger aus der Umgegend von Posen auch der Oberstleutnant und Kassube in Reih und Glied stand, verging auch nicht ein Tag, an dem man uns nicht daran erinnert hätte, daß wir Polen seien. Es war dies durchaus nicht ein sanftes Erinnern, wenn der Unteroffizier uns anschrte: „Die verfluchten Polaken!“ oder „der dumme Polak!“ Es sei dem, wie ihm wolle, er rief uns in's Gedächtniß zurück, daß wir Polen seien. Anfänglich hörte sich das komisch an, denn in der Schule wurde uns gesagt, daß wir angeblich Deutsche seien, wir dachten also, man habe uns die Unwahrheit gesagt, denn wenn es wahr wäre, würde uns der Unteroffizier nicht Polen genannt haben und daß das, was der Unteroffizier jagte, wahr sein mußte, dafür war der beste Beweis, daß auch der Leutnant, wenn er in schlechter Laune war, uns „Polaken“ nannte und er würde doch nicht gewagt haben, zu lügen. Und als wir obendrein auch noch aus dem Munde des Hauptmanns hörten, daß wir „Polaken“ seien, wer würde da noch den Muth besessen haben, sich ferner zu den Deutschen zu

zählen; für eine derartige Frechheit hätte er sich nur der Gefahr aussetzen können, bestraft zu werden. Und auf diese Weise fing der brave Bamberger, welcher in der festen Ueberzeugung zu Militär ging, daß er ein Deutscher sei, in den ersten vier Wochen an dem zu zweifeln an, was er bis jetzt glaubte. Seine Zweifel steigerten sich noch, als er nach zweijähriger Dienstzeit dasselbe zu hören bekam und als nach drei Jahren bei seiner Entlassung der Kammer-Unteroffizier zu ihm sagte: „Der Waffenrock ist für den Polaken gut.“ Er hat sich das behalten und trotzdem er nur gebrochen polnisch sprach, kehrte er als ein Pole zurück und ist es auch geblieben.

Und nun will ich zeigen, auf welche Weise die Regierung Personen, die nicht die Ehre hatten, im Heere zu dienen, polonisierte. Zum Lobe der in den polnischen Landen ansässigen Deutschen sei es gesagt, daß es unter ihnen eine recht ansehnliche Anzahl gab, denen die Nichtinnehaltung der Verträge und die Bedrückung der Polen seitens der Deutschen zuwider war; sie waren wegen der Bedrückung umsomehr enttäuscht, als die Polen hierzu keine Veranlassung gaben. Zunächst entstand in den Herzen vieler eine Sympathie für die Polen, dann entwickelte sich Freundschaft und aus dieser die Liebe und diese wirkte dermaßen, daß sie schließlich Polen wurden und es vorzogen, lieber den Bedrückten, als einer Nationalität anzugehören, welche die Unschuldigen verfolgte. Es darf nicht übersehen werden, daß deren Uebertritt zur polnischen Nationalität in keiner gewinnlüstigen Absicht geschah; sie wußten, daß die Polen ihnen weder einträgliche Aemter, noch Titel oder Orden geben könnten, sie wußten gleichfalls, daß ihnen verschiedene Unannehmlichkeiten nicht würden erspart bleiben und trotzdem verließen sie die reich besetzten Tische, näherten und vereinigten sich mit den Ärmsten, die ihr Stückchen Brot sich schwer verdienen mußten. In Folge dessen bildeten sie eine Erungenschaft, die ihrer Ueberzeugung treu bleiben wird und auf die man sich verlassen kann. Dieser Zuwachs gereichte den Polen zum Vortheil, von ihren Freunden eigneten sie sich Arbeitsamkeit und Ausdauer an und diesen erworbenen Tugenden verdankt heute mancher ski sein reichliches Stückchen Brot, für welches er in der Fremde arbeiten lernte.

Anderes verhält sich die Sache mit den gewesenen Polen, die den Polen deshalb den Rücken kehrten, weil sie arm sind, und sich an den reich besetzten Tischen anderer Nationalitäten niederließen. Nehmen wir an, sie würden noch reicher besetzte Tische finden, würden sie da nicht in die Versuchung kommen, ihren Platz an diese zu verlegen? Aus diesem Grunde drängen wahrscheinlich diejenigen Deutschen, die alles polnische verdeutschten, nicht auf die Aenderung des Namens. Kein Sakatist wird es wohl leugnen wollen, daß für sein Ohr besser klingt: „General von Gottlobender“, als: „General von Boguslawski“, den er weder orthographisch schreiben, noch richtig aussprechen kann.

Ein polonisierter Deutscher.

Aus Nr. 65 des Kuryer Poznański

vom 9. Februar 1901:

Herr v. Treskow,

der Besitzer von Radojewo, ein früherer Landtagsabgeordneter und verabschiedeter höherer Offizier der preußischen Armee, veröffentlicht in den deutschen

Blättern eine Art Aufruf an die deutschen Mitbürger, worin er sie dazu anregt, den Nationalitätenkampf fallen zu lassen und einen gewissen *modus vivendi* mit den Polen zu suchen. Der Wortlaut der Aeußerung des Herrn v. Treskow ist den Lesern des Kurier bekannt. Das Schreiben bewegt sich in allgemeinen Wendungen, und die Verschiedenheit des Textes in den einzelnen deutschen Blättern erschwert das Urtheil über die praktische Tragweite seiner Worte. Der Schritt des Herrn v. Treskow verdient Beachtung. Es bedarf fürwahr heutzutage für einen Deutschen vielen bürgerlichen Muthes, um wenn nicht direkt gegen die herrschenden Strömungen, so doch immerhin in einer Weise aufzutreten, die diesen Strömungen nicht entspricht. Wir Polen wissen seinen guten Willen anzuerkennen. Unser Standpunkt ist völlig klar. Wir fordern Gleichberechtigung und Achtung unserer Nationalität und Religion. Auf diesem Feld dürfen wir keine Konzessionen machen. Insofern die deutschen Mitbürger der Stimme des Herrn v. Treskow gehorchen und den ersten Schritt thun werden, um unseren unabhängigen Forderungen Anerkennung widerfahren zu lassen, insofern wird für uns kein Anlaß vorliegen, die Hand zurückzustoßen, die uns zum Frieden entgegengestreckt wird. Es giebt viele neutrale Punkte, wo eine Verständigung möglich und erwünscht ist. Eine Annäherung nach dieser Richtung hin kann bei gutem Willen gerechten Deutschen die Augen öffnen bezüglich der Billigkeit unserer Beschwerden. Es gilt abzuwarten, welche Aufnahme die Initiative des Herrn v. Treskow auf Seiten breiterer deutscher Kreise finden wird. Wir betonen ausdrücklich, daß wir die Eintracht unter möglichen Bedingungen nicht ablehnen und versichern den Initiator, komme es, wie es wolle, unserer Anerkennung. Bleibe doch die Stimme des Herrn von Treskow nicht die eines „Predigers in der Wüste!“

Joseph v. M y c i e l s k i.

Aus Nr. 32 des Goniec Wielkopolski

vom 8. Februar 1901:

Es dämmert schon etwas — und zwar im guten Sinne — in einigen vom Kafatismus eingenommenen Köpfen. Herr v. Treskow-Radojewo hat sich nämlich gleich in zwei deutschen Blättern, in der Pos. Morgen-Ztg. und in der Pos. Ztg., gegen die antipolnischen Quertreibereien erklärt und offen ausgesprochen, daß in erster Linie die Deutschen dafür sorgen müßten, daß sich die Polen zufrieden fühlten, und „es angebracht wäre, wenn die Regierung selbst eine gute Vermittlerin der Harmonie zwischen den Deutschen und den Polen sein würde.“

Wenn dies nur keine Redensart sein möchte!

Aus Nr. 32 des Oredownik

vom 8. Februar 1901:

Die Kandidatur des Herrn Bernhard v. Chrzanowski und die Volkspartei.

Um allen irrigen Vermuthungen und Unterstellungen vorzubeugen, die in einer gewissen Presse in letzter Zeit ziemlich deutlich zutage traten, betonen wir, daß zwischen dem Rechtsanwalt Herrn

B. v. Chrzanowski und der Volkspartei in Posen keine Verständigung stattgefunden hat.

Das Komitee der Volkspartei hat beschlossen, die Kandidatur des Herrn B. v. Chrzanowski auf Grund ihrer eigenen Beobachtung seiner öffentlichen und bürgerlichen Thätigkeit zu unterstützen. Herr B. v. Chrzanowski hat im Bazarjaale gleichfalls auf Grund seiner eigenen Beobachtungen erklärt:

1. daß er in Uebereinstimmung mit der Volkspartei die Mittelfassen und das Volk als Hauptgrundlage der nationalen Zukunft ansehe,

2. daß er die Lösung der Wirkung der bürgerlichen Selbstthätigkeit in den mittleren und niederen Volksklassen anerkenne, jene Lösung, welche die Volkspartei austheilt,

3. daß die Lösung der Selbsthilfe zuerst von der Volkspartei stets verkündet, und daß diese Lösung sodann von der Gesamtheit übernommen worden sei.

Wir betonen das ausdrücklich im Hinblick auf Diejenigen, die vor Kurzem noch behauptet haben, eine Volkspartei bestehe nicht.

Aus Nr. 59 des Kurier Poznański

vom 6. Februar 1901:

Heute zum erstenmale erhielt ich einen Brief mit dem rothen Stempel

„Uebersetzungsstelle für die Oberpostdirektion Posen.“

Welches ist ihre Thätigkeit bei polnisch richtig adressirten Briefen? „Jasnie Wielmożna“ ist umgeändert in „Hochwohlgeboren“, „Hrabina“ in „Gräfin“, „Posen“ unterstrichen, „Poznań“ durchstrichen, Alles mit rother Tinte. Und zu solchem Gaukelspiel ist ein neues Amt mit besonderer Bezahlung eingerichtet worden? Dabei sind andere Briefe ohne diese rothen Zusätze angekommen. Fürwahr, wer die Berliner zum Lachen bringen wollte, könnte davon an den „Kladderadatsch“ schreiben. Es ist jedoch unsererseits Anlaß zu Klagen darüber vorhanden, daß Briefe durch diese Zensur aufgehalten werden, und daß infolgedessen Verzögerungen entstehen. Ein fehlerhaft oder ungenau adressirter Brief ohne Angabe der Straße und der Hausnummer gelangt eher in die Hände des Adressaten, als diejenigen Briefe, welche erst die Hände des Dragomans beim Kaiserlichen Postamt passiert haben. Der Brief, von welchem die Rede ist, hat drei Tage dort gelegen. Hinzugefügt muß werden, daß er keinen Stempel des Postamts Posen aufweist, wie ein solcher gewöhnlich vor dem Austragen der Briefe seitens der Post aufgedrückt wird, und daß das neue Dolmetscheramt bei der Post keinen Datum hinzufügt.

J. v. Chlapowski.

Aus Nr. 57 des Kurier Poznański

vom 5. Februar 1901:

Zu der von der Oberpostdirektion Posen am 1. Februar d. Js. erlassenen Verfügung betreffend die polnischen Adressen meint der Kurier:

„Wir sind also auf den guten Willen der Beamten angewiesen. Ob wir aber darauf vertrauen können, daß unsere Interessen objektiv, sachlich von Seiten der Post werden behandelt werden nach den

Vorgängen, welche die vom Herrn Oberpostdirektor an die Beamten erlassene Instruktion hervorgerufen hat, jene Instruktion, die den Interessenten so schweren Schaden zugefügt und das Empfinden des Publikums, für welches die Post doch da ist, so sehr gering geschätzt hat, — diese Frage möge sich der Herr Oberpostdirektor selbst beantworten. Es ist uns unangenehm, das zu sagen, aber zu einem Beamten, der in dieser Weise mit den Interessen des Publikums verfuhr, können wir kein Vertrauen haben, da wir nicht wiederum in unseren Interessen geschädigt sein wollen."

Aus Nr. 61 des Kurjer Poznański

vom 7. Februar 1901:

Betrifft die Post.

Von einem unserer Abonnenten in der Provinz erhalten wir nachstehende Zuschrift:

"Die von der Oberpostdirektion bekanntgegebenen sogenannten „Grundsätze“ legen folgende Betrachtungen nahe: Nach dem Postgesetz vom 28. 10. 1871 hat nur der Reichskanzler das Recht, ein Postreglement zu erlassen oder dasselbe zu vervollständigen. Daraus geht hervor, daß eine Verfügung, wie die in Rede stehende, keinen Rechtsboden hat. Wer die an Rücksichtslosigkeit grenzende Klarheit und Entschiedenheit kennt, mit welcher in Deutschland und Preußen Verfügungen, und seien sie dem Publikum noch so unangenehm, veröffentlicht und durchgeführt werden, der muß sich nicht wenig darüber wundern, in wie origineller Weise die Post in letzter Zeit ein neues tendenziöses System einzuführen versucht. Bis zuletzt hatten die Postämter keine Verfügung. Die Post wartet ruhig, bis von irgend einem Ante eine Sendung nach Posen gelangt, die sie nach den neuen Grundsätzen zurückweisen kann. Wenn der Aufgeber sich beschwert, so erhält er den bekannten Bescheid und eine Abschrift dieses Bescheides, das einschlägige Postamt, das die Sendung angenommen hat. In diesem Bescheide steht das stereotype: „Die Sendung hätte nicht angenommen werden sollen.“ Es liegt also vorgeblich keine Verfügung vor, es besteht nur ein Wink mit dem Zaunpfahl für die Beamten. Daß es im Staate der Ordnung und der Bedanterie so zugeht, giebt viel zu denken, und es ist nicht schwer, die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen.

Um noch einmal auf die neueste Verfügung zurückzukommen, — es ist doch interessant, daß die Post fast 100 Jahre gebraucht hat, um zu merken, daß sie besonderer Dolmetscher bedarf. Bisher war von Klagen über die Post fast nie etwas zu hören. Die Erklärung des Herrn v. Podbielski, betreffend die angebliche Ueberfluthung der Post mit polnischen Adressen infolge der Notiz des Dziemił Skonski, der im Großherzogthum ganze 6 zahlende Abonnenten besitzt, kann zu dem bekannten Viede von der Herausforderung durch die Polen hinzugefügt werden.

Man braucht also kein Prophet zu sein, um von vornherein ankündigen zu können, daß jene „Uebersetzungsstelle“ sich in Kurzem in eine „Verzögerungsstelle“ umwandeln wird, um das polnische Publikum zu nöthigen, sich beim Adressiren der deutschen Sprache zu bedienen. Ueberhaupt bedarf es in der That keiner breiten Auslassung über die Legalität dieser Verständigung. Die Tendenz liegt nur allzu deutlich zu Tage."

Aus Nr. 69 des Kurjer Poznański

vom 12. Februar 1901:

Wir erhalten einen Brief mit nachstehendem Vorschlag:

Die Postdirektion in Posen hat allen Postämtern anbefohlen, die polnischen Titulaturen wie Jasnie Wielmożny, Szanowny, Hrabia, Pan, mit Blaustift oder mit Tinte anzustreichen. Vernünftigen Beamten, die das nicht thun wollten oder die da zögerten das zu thun, drohte man mit Geld- und Disziplinarstrafen.

Ich schlage den Landsleuten vor, daß sie die oben erwähnten Titulaturen, falls sie diese anwenden, selbst mit Blaustift der Länge nach durchstreichen.

Es wird dann kein Zeitverlust und keine Verspätung für die Empfänger erwachsen, und wir werden den vernünftigen Beamten und denen, welchen eine solche Thätigkeit lästig ist, die Arbeit erleichtern.

Se. Excellenz, Herr General von Podbielski, sollte uns für die Einführung von Ordnung dankbar sein.

Stanislaus von Chlapowski.

Aus Nr. 30 des Wielkopolanin

vom 6. Februar 1901:

Zu der von der Oberpostdirektion zu Posen erlassenen Verfügung, betreffend polnische Aufschriften auf Sendungen, für welche die Post die Verantwortung übernimmt, bemerkt der Wielkopolanin folgendes:

Wir aber sagen: **Adressiren wir wie bisher polnisch!**

Briefe und Sendungen verschiedener Art mit polnischen Adressen sind bisher mit einer solchen Akkuratess bestellt worden, daß sie der deutschen Post den wohlverdienten Ruhm eingebracht haben. Ueberhaupt wird kein Postbeamter, vom niedrigsten bis zum höchsten — dem Generalpostmeister — glauben, daß eine polnische Adresse die Ursache wäre, durch welche ein Packet nicht ausgehändigt werden könnte.

Eher kann eine durch einen der deutschen Sprache wenig mächtigen Polen geschriebene deutsche Adresse Verwirrung hervorrufen.

Möge sich die Post einen polnischen Landwirth, der nicht ein Wort deutsch versteht und der eine deutsche Adresse schreibt, vorstellen. Das wird gewiß eine „allgemein verständliche“ Adresse werden! Unmöglichkeiten kann man nicht verlangen! Ferner kann die Post nicht verlangen, daß der Bestimmungs-ort mit dem neuen „Kultur“-Namen bezeichnet werde.

Wer ist wohl imstande, alle diese Umgestaltungen der altpolnischen Namen zu behalten! Wir haben in unserer Redaktion ein halbes Duzend Ortschaftsverzeichnisse, notiren jede „außergewöhnliche“ Veränderung des früheren schönen, der Natur oder der geschichtlichen Bedeutung angepaßten polnischen Namens und können vielfach nicht dahinter kommen, ob jene ins deutsche übertragene Ortschaft bei uns im Großherzogthum Posen — oder in den deutsch-afrikanischen Besitzungen, oder in der Rheinprovinz, oder in einem anderen Theile des deutschen Vaterlandes liegt. Für uns bedeutet die mit jenem deutschen Namen bezeichnete Ortschaft so viel, als wäre sie auf dem Monde gelegen. Manchmal opfern wir mehrere Minuten an Zeit, um zu erfahren, was irgend ein . . . felde, . . . aue, . . . thal, . . . heim u. s. w. bedeuten soll.

Wenn das Redaktionsbureau im Besitze entsprechender Ortschaftsverzeichnisse ist und, sich auf dieselben stützend, bemüht ist, an die Quelle zu gelangen, so kann man so etwas aber nicht von jedem Bürger verlangen. Er schreibt den Namen der Ortschaft, welchen er von früher her kennt, die Postämter aber sind dazu da, zu suchen, wo diese Ortschaft liegt.

Die Post bestellt doch die Sendungen nicht umsonst!

Von den Post- und Telegraphenämtern hat doch der Staat bedeutende Einnahmen!

Die Herren Beamten aber werden sehr gut bezahlt, Pension ist ihnen zugesichert, sie sind gut versorgt und dazu da, die ihnen gegebenen Befehle auszuführen.

Die Mütze mit rothem Bande und den Kragen mit goldenem Stern sind keineswegs Abzeichen geistiger Ueberlegenheit, sondern Abzeichen dafür, daß deren Eigenthümer dem öffentlichen Dienste angehört.

Heutzutage, wo die unbegrenzte Größe Deutschlands allen Deutschen zu Kopfe gestiegen ist, vergessen namentlich die preussischen Beamten, daß sich der würdigste preussische König als den ersten Diener seines Landes erachtet und daß er deshalb sein Land zu solcher Blüthe gebracht hat.

Heute glaubt jeder preussische Beamte gewissermaßen, daß in ihm ein Stück des deutschen „Uebermenschen“ Bismarck stecke und daß er das Publikum zu seinem Spielball machen könne.

Es wäre die höchste Zeit, daß den preussischen Beamten von höchster Stelle aus die Losung des würdigsten preussischen Königs, Friedrichs II., in Erinnerung gebracht würde:

„Ich bin der erste Diener des Staates.“

Das bedeutet: Wenn sich der König als der erste Diener des Staates erachte, so sollte es der Beamte für das Bürgerthum sein, welches schließlich den Staat ausmacht.

Aus Nr. 30 des Wielkopolanin

vom 6. Februar 1901:

In Postangelegenheiten.

Breslau.

In der Annahme, daß auch hier der Kampf mit den auf Werthsendungen gezeichneten polnischen Adressen angeordnet worden ist, ließ ich auf einer heute an die Firma Wichrowski & Swiencicki in Posen gesandten Postanweisung absichtlich den Titel „Wielmozni Panowie“ weg. Durch meinen Boten erhielt ich von dem expedirenden Beamten die Benachrichtigung, daß die Buchstaben S und e in dem Namen „Swięcicki“ für ihn unverständlich seien und daß sie in Zukunft deutsch zu schreiben seien; in vorliegendem Falle aber war der Herr Beamte Herrmann vom Postamt 20 so gütig, die Postanweisung anzunehmen. Seine ausnahmsweise Artigkeit hielt mich indessen nicht ab, mich bei der hiesigen Oberpostdirektion über ihn zu beschweren. In meiner Beschwerde bezeichnete ich es vor allem als ein Umding, polnische Lautzeichen in deutscher Schrift wiederzugeben; der Name der gerichtlich eingetragenen Firma würde dadurch so entstellt werden, daß die Post in Posen der Firma Wichrowski & Swiencicki das an dieselbe gesandte Geld von Rechtswegen nicht aushändigen dürfte. Weil ich meine Postsendungen auch fernerhin durch das

hiesige Postamt zu befördern gedenke und weil es mir nicht im Traume eingefallen ist, mich in Zukunft den Wünschen und Forderungen des Herrn Beamten anzupassen, so bat ich die Oberpostdirektion, ihren Beamten angemessenere Informationen zu ertheilen. Ueber die Antwort werde ich später Mittheilung machen.

Ergebenster
P. Sarkiewicz.

Der Propst Chrusztowicz aus Görchen sandte eine Postanweisung über 5 Mark unter folgender Adresse ab: „Ekspedycya „Wielkopolanina“ Poznan (Posen), Wodna ul. 15 (Wasserstraße 15).“

— Die Post sandte ihm diese Postanweisung mit einem Schreiben dahinlautend zurück, daß diese Aufschrift nach Maßgabe des § 4, I der Postordnung undeutlich sei. Bei Sendungen, welche für den inländischen Postverkehr bestimmt sind, dürfe die Aufschrift in fremder Sprache (in französischer, polnischer u. s. w.) nicht verfaßt sein. Es wird ersucht, die zurückgesandte Postanweisung deutsch zu adressiren. (Unterschrift unleserlich.)

Die durchaus deutliche Adresse ist uns zugesandt worden — wir fügen hinzu, daß der Postverwalter in Görchen ein der polnischen Sprache mächtiger Deutscher ist. (Bem. d. Red.)

Ventchen.

Wie der geehrten Redaktion bekannt ist, sandte ich am 22. v. Mts. ein Packet nach Posen, auf dessen Adresse nur die Worte „Wielmozna Pani“ in polnischer Sprache verzeichnet waren. Auf Grund dessen erhielt ich die Aufforderung, obige Worte zu durchstreichen, weil der Name des Empfängers auf der Sendung genau angegeben werden müsse! Als ich die beiden polnischen Wörter durchstrichen und 20 Pfennig (für die Umstände) bezahlt hatte, gelangte das Packet an seinen Bestimmungsort. Aus dieser ganzen Praxis des Postamtes ist zu ersehen, daß es sich um die Ausrottung der polnischen Sprache von den Adressen der Postsendungen handelt, die bezüglich der Verordnung aber ist nur ein Ausfluß des antipolnischen Kollers, wogegen Herr v. Rodbielski im Reichstage Verwahrung einlegte. Ich bemerke, daß mir die Kosten, welche mir durch die Beschwerde und infolge der Aushändigung des Packetes entstanden waren, von der Oberpostdirektion ersetzt worden sind und das jedenfalls aus großer Freude darüber, daß ich zwei polnische Wörter auf der Adresse durchstrichen hatte. Zwar war in der Antwort der Oberpostdirektion über meine Beschwerde bedeutet, daß mir die Kosten „ausnahmsweise“ erstattet werden sollen. Wenn dies tatsächlich nur eine Ausnahme sein soll, so dürfte es auch bei anderen Fällen nicht mehr geschehen. Wir bitten daher die geehrten Leser um eventuelle Mittheilung, ob jenes „Ausnahmsweise“ nicht schon öfter vorgekommen ist. Der Gerechtigkeit gemäß sollte die Post uns die Umstände bezahlen, da im gegebenen Falle das Publikum selbst mehr Verluste zu tragen hätte, als die gesammte in solchen Fällen von der Post getroffene antipolnische Einrichtung.

M. Wierzejewski.

Aus Nr. 34 des Lech
vom 10. Februar 1901:

Gnesen, den 9. Februar.

Geehrte Redaktion!

Eben habe ich eine Ansichtskarte erhalten. Die Adresse lautet:

Wielmożny

Gnieszno (Gnesen).

Der Adressat hat daher mehr gethan, als notwendig war. Nur bei Werthsendungen muß man, wenn man Verzögerungen vermeiden will, neben dem polnischen auch den deutschen Namen angeben. Trotzdem hat ein karrieresüchtiger Beamte das Wort Gnieszno ausgestrichen.

Ist das keine Chifane!

Der Sozialdemokrat Bebel hat uns unnötiger Weise Lehren in seiner letzten Rede zu Theil werden lassen, denn, wie dieser Fall beweist, sind wir den Beamten gegenüber lieber etwas mehr unterwürfig als zu wenig. Leider hört, wenn es sich um die Polen handelt, auch der Sozialdemokrat Bebel auf, Sozialdemokrat zu sein, und wird Polenpresser. Herr Bebel zweifelt augenscheinlich schon daran, ob es ihm gelingen wird, Ministerpräsident im Zukunftsstaat zu werden, er fängt daher an, mit den Hakatisten zu liebäugeln, indem er das urakle Lösungswort der Sozialdemokraten seinen naiven Trabanten überläßt.

Was die Karte anbetrifft, so werden wir sehen, was zu dieser Chifane Herr Podbielski sagen wird, ob er noch weiter behaupten wird, daß die Polen schuld sind und nicht die Post.

Achtungsvoll
ein alter Abonnent.

(Auch auf unseren Briefen gestattet sich die Post Verbesserungen zu machen, worum wir garnicht bitten. Der Brief ist Eigenthum dessen, an welchen er adressirt ist und mit fremdem Eigenthum darf Niemand — ohne Willen oder Wunsch des Eigenthümers — irgend welche Streichungen oder Aenderungen vornehmen.

Die Redaktion.)

Aus Nr. 35 des Lech
vom 12. Februar 1901:

Gnesen, den 8. Februar 1901.

Geehrte Redaktion!

Ich lese alle Tage in unserer lieben Zeitung, welche Unannehmlichkeiten der Redaktion unserer so geliebten Zeitung Seitens der Polizei bereitet werden, daß selbst die armelige Asche der Koschinäre keine Ruhe finden kann, sondern unter den Schutz der wohlwollenden Polizei genommen werden muß. Wenn die Polizei sich doch ebenso um die Heiligung des Sonntags kümmern wollte, was wäre das für eine schöne Sache!

Wenn ein Hörterweib am Sonntag während der verbotenen Zeit ein Bündel Petersilie verkauft oder ein Bündel Zwiebeln, so notirt man sie sofort zur Bestrafung, wenn aber die Fabriken am Sonntag den ganzen Tag über arbeiten, so ist das erlaubt. Ich will nicht mehr sagen, aber zur Bestätigung dessen was ich hier schreibe, bitte ich Sie, lieber Herr Redakteur, einen von euch Lesern unter die Fenster der Dampfmühle von Herrn Kurzbig u. Co. zu gehen

*) Die Senfemänner der polnischen Aufstände. (Red. d. Ges. Ueberbl).

hier in unserem Gnesen, dann werden Sie sehen, wie die Gehilfen dort gezwungen werden, am Sonntag zu arbeiten, und zwar eine Abtheilung an dem einen, die andere Abtheilung am anderen Sonntage, ohne Rücksicht auf den Gottesdienst oder die Vesperandacht. So arbeiteten die Gehilfen am 20. Januar bis 8 Uhr Abends und am 27. Januar bis 12 Uhr Mittags, obwohl, wie ich erfahren habe, in der Mühle eine Arbeitsordnung aushängt, woselbst ausdrücklich betont wird, daß jede Abtheilung jeden Sonntag 36 Stunden frei sein muß, was auf 14 Tage 72 Stunden ausmachen würde. Statt dessen haben die Gehilfen an dem einen Sonntag 34 Stunden und an dem zweiten Sonntag 19 bezw. nur 11 Stunden frei, und dies dazu ohne eine besondere Vergütung für die Sonntagsarbeit, und obwohl sie täglich 14 Stunden die ganze Woche hindurch arbeiten, müssen sie auch noch an den Sonntagen arbeiten. Muß das nicht das Empfinden eines jeden Katholiken verletzen, welcher an der Mühle vorbeigeht, wenn er sieht, wie dort die Leute während des Sonntags-Gottesdienstes arbeiten müssen? Ich bitte um Veröffentlichung dieser paar Worte in unserer Zeitung, vielleicht werden Diejenigen, welche es angeht, darauf hingewiesen, und hierdurch Dinge beseitigt, welche den Interessenten Unannehmlichkeiten bereiten.

Aus Nr. 31 der Gazeta Bydgoska

vom 1. Februar 1901:

Aus Janowitz.

Das treuunterthänige Komitee hat sich zum Diner am 27. v. Mts. vollständig im Hotel des Juden Schloma eingefunden. Das Komitee setzte sich aus Deutschen, einem Juden und dem Propst Chyniewski (Chyniewski) zusammen.

Außer Letzterem verirrtten sich dorthin einige Polen, so der Propst Schaust aus Zerniki, der Kaufmann Walfowiak aus Janowitz, der polnische Wirth Janke aus Miniszewo.

Die Deutschen und Juden haben Anlaß zu solchen Feiern, ob aber bei einem Fest, daß bei einem Juden veranstaltet wird, Geistliche ein gutes Beispiel für ihre Schäflein sind? Es ist das ein schmerzlicher Anblick für uns. Janowitz ist ein sehr bedrohter Posten. Die Ansiedelungs-Kommission hat Alles an sich gerafft. Auf dem bedeutenden Flächenraum zwischen Klezko und Znin giebt es nicht einen einzigen Großgrundbesitzer. In Janowitz selbst hat die Ansiedelungs-Kommission eine Dampfmühle, eine riesige Bäckerei, eigene Speicher für das aufgekaufte Getreide und ein großes Kaufhaus.

Hier auf diesem für die Polen stark erschütterten Boden giebt es Niemanden, der den polnischen Katholiken, welchen der Muth entfällt, ein gutes Beispiel gäbe. Statt dessen finden Diners beim Schloma statt. Ob diese Herren vom Komitee, nachdem sie an solchen Feiern Geschmack gefunden, am 3. d. Mts. ein Festessen veranstalten werden, weiß man nicht.

In Janowitz soll die Parochialkirche von St. Michael vergrößert werden; doch werden die Bitten um Spenden irthümlich eingerückt, nämlich so, als ob es sich um die St. Barbarakirche handelte, die keiner Reparatur bedarf. Wenn Jemand verlangt, daß dies berichtigt werde, so wird er sofort „Anarchist“ gescholten. Was hat das mit Anarchismus zu thun? Vielleicht klärt die geehrte Redaktion das durch Vermittelung ihrer Leser auf.

Aus Nr. 57 des Kuryer Poznański

vom 5. Februar 1901:

Die deutschen Zeitungen haben eine Mittheilung verbreitet, über eine im hiesigen geistlichen Seminar vorgenommene Haussuchung. Wir haben darüber nichts geschrieben, da wir der Meinung waren, daß es sich nicht verlohnte, eine Mittheilung zu veröffentlichen über eine beiläufige, bei drei Klerikern vorgenommene Haussuchung nach Briefen für ihren etwaigen Briefwechsel mit angeschuldigten Gymnasiasten. Als verdächtig hat man einem von ihnen lediglich ein polnisches Buch von der Art der Sienkiewicz'schen Schriften abgenommen. Alle übrigen angeführten Einzelheiten, wie die, daß die Taschen der von der Haussuchung Betroffenen durchsucht worden seien, sind von den Korrespondenten erdichtet.

Aus Nr. 32 des Dziennik Poznański

vom 8. Februar 1901:

Aus Ostrowo.

Wie in den anderen Städten, fanden auch bei uns seit längerer Zeit Haussuchungen bei den polnischen Gymnasiasten statt. Diese Revisionen wurden von den Professoren ausgeführt. Vor etwa 14 Tagen fand eine Revision bei den Oberprimanern Rudnicki (wohnt bei seiner Mutter) und Ludwik (wohnt bei seiner Tante Bongowska) statt. Die Revision bewirkte diesmal der Amtsrichter Albrecht in Begleitung eines Dolmetschers und eines Polizeibeamten, ein zweiter Polizeibeamter stand vor dem Hause Posten und ließ Niemanden aus demselben heraus. Es wurden polnische Bücher und Briefe beschlagnahmt. Beide Schüler wurden bereits gerichtlich vernommen. Der Gymnasial-Direktor Dr. Schlüter ließ sie ebenfalls rufen und erklärte ihnen, daß ein Schatten des Verdachts genügen würde, sie von der Prüfung zurückzustellen. (Beide stehen vor der Abiturientenprüfung.) Die mündliche Prüfung sollte in dieser Woche beginnen, doch ist sie aus diesem Grunde auf acht Tage später verlegt worden. Was wird daraus werden? Man sucht etwas, was garnicht vorhanden ist.

Aus Nr. 33 des Dziennik Berliński

vom 9. Februar 1901:

Rogasen.

Geehrte Redaktion!

Nachdem ich den Artikel des Dziennik Berliński in Nr. 30 gelesen habe, fühle ich mich verpflichtet, der geehrten Redaktion auch über die Revisionen zu berichten, welche in unserem lieben Rogasen bei dem Gymnasiasten K. vorgenommen worden sind. In seiner Abwesenheit erschienen der Untersuchungsrichter Engel, der Bürgermeister Weise und der Polizist Ganzke in dessen Wohnung und nahmen eine genaue Durchsuchung vor. Als corpus delicti wurden einige Nummern des Tygodnik Ilustrowany (illustriertes Wochenblatt) vom Monat Juli, einige Nummern der polnischen Geschichte von Sokolowski und ein Band Litteratur von Dolezan beschlagnahmt. Es wurde mit aller Feinlichkeit gesucht, das Bett wurde durchwühlt und selbst in einer Geige suchte Herr Weise nach irgend welchen gefährlichen Gegenständen. Vorher wurde noch der Polizist Ganzke ausgesandt, um den K. aus dem

Gymnasium zu holen und in Begleitung des Wächters der Sicherheit mußte der Delinquent durch die größere Hälfte der Stadt nach Hause marschieren, sicher eine nicht sehr angenehme Situation. Bei dem Verhör vor Gericht erfuhr er aus dem Munde des Herrn Engel sehr interessante Einzelheiten, so z. B., daß auf ihn der Verdacht gefallen sei, er gehöre zu einem geheimen politischen Verbands, daß sein Name in den Notizen eines Gymnasiasten in Schrimm gefunden worden sei u. s. w. Ich berichte dies deshalb, geehrte Redaktion, damit man erfahre, daß die Polizei des preussischen Staates doch großen Respekt vor der polnischen Jugend besitzen muß, wenn man ihr so große Aufmerksamkeit zuwendet.

Aus Nr. 34 des Lech

vom 10. Februar 1901:

Aus der Gegend von Powidz, den 8. Februar d. Js. Man könnte glauben, es sei ein Märchen aus tausend und einer Nacht, oder etwas Uebernatürliches, wenn man hört, daß in Wilatkowo bei Powidz, einem überwiegend polnischen Dorfe, die polnischen Bauern zur größeren Hälfte dem H.-R.-D.-Verein beigetreten sind, und daß sie je 2 Mark Einschreibgebühren für die Zwecke dieses Vereins entrichtet haben. Also zur Beschleunigung ihres eigenen Untergangs geben diese Bauern Geld in die Hände derjenigen, welche Gift und Haß gegen Alles, was polnisch ist, aussäen. Ja, man muß doch loyal sein und auf Beziehungen und Gnadenbeweise Rücksicht nehmen, und Alles vermeiden, was auch nur eine böse Miene bei einem Preußen hervorrufen könnte!

O Loyalität, wozu hast du unser Volk an manchen Orten verleitet!

Aus Nr. 34 des Dziennik Kujawski

vom 9. Februar 1901:

Der Landrath als Zensor.

Der Sokolverein in Mogilno beabsichtigte, am 16. v. Mts. eine Theatervorstellung zu geben, wozu das bekannte und bei uns schon oft gespielte Stück „Skalbmierzanki“ ausgewählt wurde. Alles war bereits vorbereitet — und der Vorstand hatte den Bestimmungen gemäß von der Aufführung des Theaterstücks zu rechter Zeit der Ortspolizei Mittheilung gemacht. Kein Mensch vermuthete, daß der Vorstellung von dieser Seite irgend welche Schwierigkeiten bereitet werden könnten. Es kam indessen anders. Nach einigen Tagen erhielt der Vorsitzende des Sokolvereins, Herr Paruszewski, vom Polizeichef, dem Bürgermeister, eine Antwort des Inhalts, daß die Polizei die besagte Vorstellung nicht gestatten könne, um zwar im Interesse der öffentlichen Ordnung.

Selbstverständlich hat sich der Vorstand des Sokolvereins mit diesem unerwarteten Bescheide nicht zufrieden gegeben, sondern hat an die höhere Instanz appellirt, welche in diesem Falle der Landrath bildete. Die betreffende Beschwerde hat ihm der Vorsitzende, Herr Paruszewski, persönlich vorgelegt. Erst nach einigen Tagen erhielt er eine Antwort, und zwar ist dieselbe, sowohl was die Form, als auch den Inhalt anbetrifft, so interessant, daß wir es für unsere Pflicht halten, sie weiteren Kreisen, deutschen sowohl wie polnischen, bekannt zu geben. Diese Antwort lautet wie folgt:

„Die Beschwerde Euer Hochwohlgeboren vom 17. d. Mts. wegen des Verbots einer Theatervorstellung des Vereins durch die hiesige Polizei-

Verwaltung weise ich, nachdem ich sie geprüft habe, als unbegründet zurück. Eigener Angabe zufolge wollen Sie für die Vorstellungen ein Eintrittsgeld erheben, und es ist keine Beschränkung auf einen engeren Personenkreis in Aussicht genommen. Ein derartiges öffentliches Hervortreten ihres Vereins halte auch ich im Interesse der öffentlichen Ordnung nicht für zulässig und zwar ebensowohl mit Rücksicht auf die politische Tendenz der Sokolvereine überhaupt, über die bei den Polizeibehörden vollkommene Klarheit herrscht, als auch mit Rücksicht auf die starke Spannung der nationalen Gegensätze, insbesondere, wie sie sich gerade jetzt in Mogilno bemerkbar macht. Den Inhalt des Theaterstücks, das übrigens mir gar nicht vorgelegen hat, lasse ich dabei ganz außer Betracht.“ Conze.

Infolge dieses ablehnenden Bescheides konnte die Theatervorstellung nicht stattfinden, wodurch der Verein einen empfindlichen Schaden erlitten hat, und unter der Bevölkerung eine ungeheure Empörung und Erbitterung hervorgerufen worden ist. Wie wir erfahren, hat der Vorstand des Sokolvereins bereits weitere Schritte gegen diesen Bescheid des Herrn Landraths gethan und die betreffenden Schriftstücke zu diesem Zwecke dem Rechtsanwalt v. Chrzanowski in Posen übersandt.

Wir nehmen auch an, daß die höchste Instanz diese Sache anders ansehen wird. Dem Herrn Landrath stand es zu, die Erlaubniß zur Veranstaltung dieser Vorstellung zu verweigern — das ist sicher — aber unserer Ansicht nach hätte er seinen ablehnenden Bescheid mit anderen lediglich sachlichen, und nicht politischen und nationalen Gründen belegen müssen. Maßgebend war hier vor Allem: Das Stück selbst und die Frage des Eintrittsgeldes, aber nicht andere Gründe. Die Antwort des Herrn Landraths macht den Eindruck, als ob diese Nichtgenehmigung der polnischen Theatervorstellung eine Art Strafe für die politischen und nationalen Tendenzen der polnischen Bevölkerung sein soll. Der Herr Landrath hat aber zum Zensuriren und Kritisiren dieser Tendenz in seinem amtlichen Charakter kein Recht. Glaubt endlich der Herr Landrath, daß diese Verweigerung zur Milderung der benannten Gegensätze beitragen wird? — dann täuscht er sich sehr! Sein Ukas wird diese Gegensätze nur noch verschärfen, und schon deshalb verdient er einen scharfen Tadel seitens der Regierung, welche doch unaufhörlich erklärt, daß sie die polnische Bevölkerung nicht reizen will. Eine Antwort solcher Art aber ist geradezu eine Aufreizung der Empfindungen der polnischen Bevölkerung. Sie vergrößert nur die Kluft zwischen den beiden Nationen und schafft nur noch unerträglichere Zustände. Die Polen besitzen natürliche und politische Rechte, ihre Nationalität zu pflegen, und diese Rechte werden sie um nichts in der Welt aufgeben, Ukase solcher Art aber sind für sie nur ein Ansporn zu um so energischerer Vertheidigung dieser Rechte.

Aus Nr. 30 des Dziennik Kujawski
vom 6. Februar 1901:

Gollantsch.

Die hiesige Volksbank entwickelt sich sehr günstig. Gegenwärtig zählt sie 688 Mitglieder. Die Zahl der Deponenten beträgt 634, die Quote der Deposita 735 255 Mark. Die Anttheile sind auf 78 049 Mark angewachsen, der Reservefonds auf 50 284 Mark. Im verflossenen Jahre sind 7 Prozent Dividende gezahlt worden.

Aus Nr. 30 der Gazeta Bydgoska
vom 6. Februar 1901:

Bromberg.

Seit rund 8 Jahren haben gewisse preußenfreundliche Kreise in Bromberg je mehrere hundert Exemplare des Dziennik Kujawski bestellt (anfangs 500), welche sodann zuerst zu 20 Pfennigen vierteljährlich, allmählich aber zu einem höheren Preise bis zu 50 Pfennigen im hiesigen katholischen Arbeiterverein vertheilt wurden. Es geschah das, um die Gazeta Bydgoska todtzumachen. Heute jedoch, wo mancher der Initiatoren dieses Gedankens die Augen geschlossen hat, und wo gegenwärtig die Bromberger Preußen polnischer Zunge es vorziehen, ihr Geld zu Bismarckdenkmälern, „Zammerbrunnen“, Illuminationen und Festessen sowie zu anderen Preußenfeiern herzugeben, hat man in Ermangelung von Mitteln mit dieser niederträchtigen Arbeit aufgehört.

Die Gazeta Bydgoska hat den Boykott überdauert. Rund 8 Jahre hat man die Einkünfte der Gazeta Bydgoska verringert und die Existenz dieses einzigen, an der Grenzmark Großpolens bestehenden Blattes untergraben. Wer die faulen hiesigen Verhältnisse kennt, wo der Hakatismus mit voller Dampfkraft Alles ausrottet, was polnisch ist, wo in einem kleinen Kirchlein über 20 000 polnische Katholiken sich zusammendrängen müssen und Hunderte von Gläubigen, weil sie sich nicht zum Anhören des Wortes Gottes ins Heiligthum des Herrn hineindrängen können, unverrichteter Sache wieder umkehren, wo der Protestantismus eine ungeheure Ernte hält, jährlich im Durchschnitt 70 Paare Mischehen in evangelischen Kirchen schließen und die Zahl der wilden Ehen in erschreckender Weise zunimmt, wem obige Thatsachen bekannt sind, der muß zugeben, daß die Untergrabung der Existenz des einzigen hier bestehenden polnisch-katholischen Blattes nicht allein eine äußerst verdammenstwerthe, sondern eine direkt sündhafte That ist, welche an Verrath der nationalen Interessen grenzt. Diese jeden rechtgläubigen polnischen Katholiken empörende Thatsache ist um so trauriger, als bei dieser Nichtswürdigkeit gerade solche Leute die Hand im Spiele gehabt haben, die der bedrückten polnischen Gesamtheit in Bromberg mit gutem Beispiel, mit dem Beispiel der Einigkeit und Eintracht vorangehen sollten.

Aus Nr. 30 des Dziennik Kujawski
vom 6. Februar 1901:

Die Begründung der polnischen Volks-Bank

in Pilehne beunruhigt immer noch die deutschen Zeitungen. Ein verbissener Hakatist von dort hat an diese Zeitungen eine Korrespondenz gesandt, in welcher er, von Sehergeist durchdrungen, voraussagt, daß nunmehr die dort bisher zwischen Polen und Deutschen herrschende Eintracht aufhören werde. Die neu begründete Bank habe nämlich vollständig die Ausrottung des Deutschthums in der Pilehner Umgegend zum Zwecke. Und wenn es damit nur allein sein Bewenden behalten würde! Keineswegs jedoch! Wie jener Seher aus angeblich „völlig glaubwürdiger Quelle“ erfahren haben will, „wollen die Polen in Pilehne ein großes Handelshaus kaufen und ein polnisches Lokalblatt begründen. Und nun zittere, Du Deutschthum! Allmählich werde keine Spur von demselben übrig bleiben; schon jetzt wachse in der dortigen

Gegend das polnische Element mit erschreckender Schnelligkeit. So sei in dem Dorfe Pilce (?) eine der beiden dortigen Kneipen in polnische Hände übergegangen. Das sei schon ein untrügliches Zeichen des Unterganges des Deutschthums!"

Diese armen Deutschen! Sie besitzen eine Armee von einer halben Million und Millionen in der Schatulle des Herrn von Miquel, und zittern dabei bei der bloßen Nachricht von der Begründung einer polnischen Volksbank! Vorher haben sie die Polen damit geschreckt, daß, wenn eine solche Bank begründet werden sollte, die dortige Kreis-Sparkasse Alle zum Ruin bringen würde, indem sie ihnen die Guthaben kündigen würde, jetzt aber, wo diese Drohung ohne Erfolg geblieben ist, malen sie in grellen Farben die künstliche polnische Gefahr und alarmiren ganz Deutschland. Am liebsten möchten sie sicher den Polen die Begründung von Genossenschaften und Banken und den ehrlichen Broterwerb verbieten. Nun — mögen sie sich fürchten — und wenn sie sich Alle auf den Kopf stellen, die natürliche Entwicklung der polnischen Gesamtheit werden sie nicht aufhalten können.

Zu erwähnen bleibt noch, daß den Vorstand der neuen Bank folgende Personen bilden: Pfarrer Anton Arendt, Vikar Dratwa und Dr. Kasior.

Dem in der dortigen Gegend so nothwendigen Institut wünschen wir noch einmal die beste Entwicklung!

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 16 der Gazeta Grudziadzka
vom 3. Februar 1901:

Was soll das heißen?

Betrachtet man das Verfahren mancher Beamten gegenüber uns Polen, so bemerkt man vielfach, daß manche Beamte die Vorschriften ihres Amtes vergessen oder überhaupt nicht kennen, sobald diese Vorschriften zu Gunsten der Polen lauten. Wir wollen jene Beamten zunächst nicht beschuldigen, daß sie sich nur so stellen, als kennten sie jene Vorschriften nicht, in jedem Falle aber begegnet man solchen Fällen, in welchen die den Polen günstigen Gesetzesvorschriften vergessen werden oder überhaupt unbekannt sind, immer mehr. So hat vor Kurzem der Graudenger Amtsrichter Herr Kosmann, vergessen oder nicht gewußt, daß über einen Antrag betreffend die Ablehnung eines Richters der abgelehnte Richter nicht mitberathen darf. In diesem Falle handelte es sich um eine Angelegenheit unseres Redakteurs Herrn Sobiechowski.

Ferner hat der Sekretär am Graudenger Gericht, Herr Rosenbaum, nicht gewußt oder vergessen, daß kein Katholik am 2. Februar, am Feste Mariä Reinigung, zu einem gerichtlichen Termin zu erscheinen braucht.

Neuerdings erfahren wir wiederum, daß der Bürgermeister in Neuenburg vergessen oder nicht gewußt hat, daß polnischen Theaterstücken eine deutsche Uebersetzung nicht beigelegt zu werden braucht. Bekannt ist doch, daß im Juli 1897 das Oberverwaltungsgericht entschieden hat, daß Theaterstücken Uebersetzungen derselben nicht beigelegt zu werden brauchen.

Wenn wir hier alle diese Vergeßlichkeiten aufzählen wollten, würden alle vier Seiten der Zeitung nicht hinreichen. Was die Ursache dieser Vergeßlich-

keiten und der Unkenntniß derjenigen amtlichen Vorschriften ist, die für die Polen günstig sind, wollen wir hier nicht untersuchen. Wir wollen nur die Beobachtung äußern, daß solche Fälle des Vergessens oder der Unkenntniß sich gewöhnlich bei solchen Beamten ereignen, die entweder direkt Hakatisten sind oder hakatistischen Bestrebungen huldigen.

Daß solche Fälle nicht dazu angethan sein können, das Vertrauen zu jenen Beamten im Besonderen und zu den Behörden überhaupt zu wecken und zu kräftigen, wird wohl jeder zugeben. Es wäre also gut, wenn unsere Abgeordneten den Kanzler und Ministerpräsidenten, Herrn v. Bülow, auf diese unmöglichen Verhältnisse aufmerksam machen und ihn ersuchen wollten, daß er einen Erlaß des Inhalts ergehen lasse, daß die Beamten alle Vorschriften und alle Urtheile, die ihre amtliche Thätigkeit betreffen, kennen sollen, und daß sie gegebenenfalls wegen Kürze des Gedächtnisses die Kosten für die Prozesse und die Scherereien würden zu tragen haben, die durch ihre Schuld entstanden sind. Am besten wäre es natürlich, wenn man den Beamten in den polnischen Landestheilen überhaupt verböte, sich in „die Bekämpfung der großpolnischen Agitation einzulassen und wenn man ihnen geböte, lediglich ihres Amtes zu walten.

Aus Nr. 16 der Gazeta Gdańska
vom 5. Februar 1901:

Den in der Kirche germanisirenden Geistlichen ins Stammbuch.

Rom, 30. Januar.

Wenn ich in den Zeitungen die schmerzlichen Klagen des polnischen Volkes über Germanisirung durch katholische Geistliche las, stieg mir schon manchmal der Gedanke auf, in dieser Angelegenheit einen Antrag an den hl. Vater zu richten mit der Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß er dieser Germanisirung durch die Kirche ein Ziel setze.

Nicht darum hat Christus die Kirche eingesetzt, um durch sie den Nationalitätenkampf zu fördern, sondern um die Gläubigen aller Nationalitäten zum ewigen Heil zu geleiten. In Frankreich trachten die Feinde der Kirche aus allen Kräften danach, durch Auflösung der Ordensgesellschaften den Einfluß der Kirche in ihrer Thätigkeit für das Seelenheil zu untergraben. In Deutschland ist es daran nicht genug, daß die Kirche viel von Seiten der Protestanten zu leiden hat, sondern da helfen die katholischen Geistlichen noch beim Verdeutschten, und sie bewirken damit, daß dem polnischen Volke der katholische Glaube entrisen wird. Und das soll ein Gotteswerk sein? Das sind katholische Geistliche, die so handeln? „Wehe der Welt wegen des Aergernisses!“ hat Christus gesagt. Und was ist eure Germanisirung, wenn nicht das raffinierteste Werk des Satans, der unter dem Schein der zeitlichen Güter und Würden euch einredet, ihr solltet ihm Tausende unschuldiger Seelen zur Beute vorwerfen?!

Thatsache ist, daß ein Pole, wenn er keinen sorgfältigen Religionsunterricht in der Muttersprache erhielt, sobald er in deutsche Gegenden auf Arbeit geht, für die Nationalität und für die Kirche verloren ist. Weshalb? Weil ihn niemand gelehrt hat, am Glauben unserer Väter festzuhalten. Und wer ist daran schuld? Die germanisirenden Geistlichen, die achtlos unter Schädigung der Kirche erbärmlichen zeitlichen Vortheils halber Tausende von Seelen der höllischen Bestie in den Rachen stoßen. Beachtet ihr geistlichen Germa-

nistoren, daß ihr einst vor Gottes Richterstuhl werdet schrecklich Rechenschaft ablegen müssen, Gott wird euch nicht fragen, wieviel Polen ihr germanisirt habt, was ihr für einen Lohn dafür erhieltet, sondern: „Hirte, wo hast Du Deine Schäflein, die ich Deiner Hut anvertraut habe?“ Das Leben des katholischen Priesters soll eine Nachahmung des Lebens Christi sein, seine Lehre — die reine Lehre des Evangeliums und der christlichen Wahrheiten. Ist aber das Leben der Germanisatoren im Priesterrock eine Nachahmung des Lebens Christi? Hat Jesus die Juden in einer Sprache gelehrt, welche sie nicht verstanden? Antwortet mir! Des erbärmlichen Mammons und der Ehre wegen werdet ihr Diener nicht der Kirche, sondern der Regierung. Und ihr gebt die Schäflein, statt sie zu vertheidigen, preis, indem ihr eure Heerde mit Worten vermahnt, die sie nicht versteht. Sollen die Schäflein den Hirten ermahnen, daß er ihnen gesunde Speise reiche, oder soll der Hirte um die Schäflein Sorge tragen? Gedenket der Worte der heiligen Schrift: „Attendite vobis et universo gregi, in quo vos Spiritus sanctus posuit episcopos, (presbyteros) regere ecclesiam dei, quam acquisivis sanguine suo.“ (Act. 20, 28.) Der Apostel hat nicht gesagt, daß ihr nach guten Stellen und Orden trachten sollt, unter Schädigung der Seelen der Gläubigen, sondern damit ihr die Kirche regieret, wie dies Christus fordert, nicht die Regierung. Wenn Ihr so thut werdet, dann werden alle Klagen über Germanisirung durch die Kirche aufhören.

X. X.

Aus Nr. 17 der Gazeta Grudziadzka
vom 7. Februar 1901:

Die Theilungen Polens vor Gericht.

Wie wir bereits erwähnten, hat man gegen unsern Redakteur deswegen einen Prozeß angestrengt, weil er im Przyjaciół dzici (Kinderfreund) im Bericht über die Theilungen Polens letztere eine unerhörte Gewaltthat und eine Räuberei genannt hatte. Wir wissen, daß die preußischen Staatsanwälte zum Theil dazu da sind, daß sie gegen die polnischen Zeitungen einen Prozeß wegen jedes dreisten Wortes anstrengen, und wir haben aufgehört, uns über alle die Prozesse zu wundern, die sich wie aus einem Füllhorn über unsere Gazeta Grudziadzka ergießen. Hat doch der Herr Justizminister Schoenstedt als höchster Vorgesetzter der Staatsanwälte die Gazeta Grudziadzka eines der gefährlichsten Heißblätter genannt.

Alles das wissen wir, und dessenungeachtet erstaunten wir, als der Herr Staatsanwalt einen Prozeß wegen jenes Passus aus dem Przyjaciół dzici anstrengte, wobei er unserm Redakteur vorwarf, dieser habe durch erdachte Behauptungen Staatseinrichtungen bewußt lächerlich machen wollen.

Es soll uns also nicht frei stehen, darüber zu schreiben, in welcher Weise unser Land unter preußische Herrschaft gelangt ist, es soll uns nicht gestattet sein, eine geschichtliche Wahrheit öffentlich auszusprechen? Man kann doch nicht annehmen, ein preußischer Staatsanwalt könnte die Geschichte seiner Nation so unzureichend kennen, daß er nicht wissen sollte, auf welche Weise Preußen in den Besitz unserer polnischen Landestheile gelangt ist.

Wir glaubten noch, das Gericht werde die Klage der Staatsanwaltschaft abweisen, aber Gott bewahre! Das Gericht hat die Klage angenommen und auf heut Termin angesetzt. So will man uns heut in Preußen

selbst dafür strafen, daß wir uns ins Gedächtniß rufen, auf welche Weise wir unser Land und unsere Unabhängigkeit eingebüßt haben.

Aus Nr. 19 der Gazeta Grudziadzka
vom 12. Februar 1901:

Berent, 8. Februar.

Auf die vom landwirthschaftlichen Zentralverein für Westpreußen und die angrenzenden Kreise erlassene Aufforderung hin ist zuerst unser Kreis Berent aus dem Schlafe erwacht, um unter den Landwirthern die heute so nothwendige „Selbsthilfe im christlichen Sinne“ zu fördern.

Die für die letzten Tage angekündigten Versammlungen sind als gelungene zu bezeichnen, und die Theilnehmer haben angesichts ihres Verlaufs den Eindruck empfangen, daß unsere biederen Kassuben keine Schlafmützen, sondern gute und eifrige Patrioten sind, wenn man sie nur anregt, weckt und ihnen zu Herzen spricht.

Schwierigkeiten wurden diesen Volksversammlungen viele gemacht. Zum Beispiel für Grabowo stellte der Amtsvorsteher Herr Lepczynski von dort, die Anmeldebescheinigung aus, jedoch nur für die Zeit von 2 bis 4 Uhr. Die Veranstalter beschlossen jedoch, diese Einschränkungen nicht zu beachten, da der Amtsvorsteher nicht das Recht hat, die Versammlungszeit einzuschränken.

Gegen 4 $\frac{1}{4}$ Uhr war die Versammlung zu Ende. Und als der Ortspfarrer Cichocki die Versammlung mit einer Ansprache schloß, trat der Gendarm aus Berent in artiger Form heran und er machte auf die Zeitfestsetzung aufmerksam. Da die Versammlung an und für sich schon dem Schluß nahe war, ließ man sich mit dem Beamten in keinen Streit ein, sondern man las ihm aus einem Gesetzbuch den Paragraphen vor, welcher besagt, daß die Polizei nicht das Recht hat, die Versammlungsfreiheit zu beschränken. Damit war die Sache erledigt.

In Lipusz stieß man schon auf erheblichere Schwierigkeiten. Dasselbst weigerte sich der Amtsvorsteher (an den Namen erinnere ich mich nicht), die Ausstellung der Anmeldebescheinigung vorzunehmen. Da begab sich Herr Moncikański aus Lipusz mit einem Zeugen zum Herrn Landrath in Berent, und auf dessen Weisung hin wurde ihnen jene Bescheinigung ausgestellt.

Und aus welchem Grunde hat sich der Herr Amtsvorsteher geweigert, die bezügliche Bescheinigung auszustellen? Weil er glaubte, daß Herr Rulerski diese Versammlung veranstalte. Diese Deutschen fürchten sich doch schrecklich vor diesem Herrn Rulerski, noch mehr, wie vor dem Weihwasser. Und er hat doch noch Niemandem den Kopf abgerissen.

In der Versammlung waren gar drei Vertreter der Behörde zugegen: der Amtsvorsteher, ein Gendarm und der Ortschulze. Obgleich man einen der Herren hätte hinausweisen können, that man das nicht mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit und um etwaigen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Nun hat Pfarrer Bolt aus Srebrniki während der Berathungen erwähnt, daß in einer Versammlung nur zwei Vertreter der Behörde anwesend sein dürften. Als der Amtsvorsteher statt des gefährlichen Herrn Rulerski einige unserer Geistlichen eintreten sah, sagte er verwundert: „Na, das ist ja ganz was Anderes!“

Die Versammlung hat überhaupt der Hilfe eines Gendarmen nicht bedurft, da sie einen ruhigen und feierlichen Verlauf nahm.

Was die Versammlungen anbetrifft, so muß hervorgehoben werden, daß sich besonders in Grabowo und Lipusz unsere Wackeren zahlreich eingefunden haben. In jeder Versammlung waren ferner außer unserem Pfarrer Bolt aus Grebrniki, dem Schriftführer und stellvertretenden Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Zentralvereins einige Geistliche sowie mehrere Gäste aus der Umgegend anwesend. Es wurde ein Rustikalverein in *Stawiski* gegründet, dem sofort 31 Mitglieder beitraten.

Vorsitzender wurde Propst Wroblewski aus *Tadamh*.

Dem Rustikalverein in *Kiszewo*, dessen Vorsitzender Propst Lipski aus *Garczyn* ist, traten 48 Mitglieder bei, dem Rustikalverein in *Grabowo* (Vorsitzender der Ortspfarrrer *Sichocki*) 68 Mitglieder. Doch die wackeren *Lipusz*'er haben dem Werke dieser Woche die Krone aufgesetzt, denn dem dort gegründeten Verein traten 81 Mitglieder bei. Vorsitzender wurde Herr Wolter aus *Kalisch*. Noch verlohnt es sich dessen zu erwähnen, daß nach den Statuten jedes Mitglied des Rustikalvereins der nach dem Muster des Bräuer „*Rupiec*“ zu gründenden Genossenschaft „*Kolniet*“ beitreten muß. Diese Genossenschaft wird verschiedene landwirtschaftliche Geschäfte betreiben, sie wird z. B. Kohlen, Düngemittel, Surrogate und Geräthe beziehen, beim Kauf und Verkauf von Wirtschaften, beim Aufnehmen und Abzahlen von Hypothekenschulden, natürlich ohne Gebühren zu erheben, vermitteln, sie wird mit den verschiedenen Versicherungsgesellschaften zwecks Herabsetzung der von den Mitgliedern zu zahlenden Prämien in Unterhandlungen treten u. s. w.

Den neuen Vereinen „Glück auf!“

Einer der Theilnehmer an den Versammlungen.

Aus Nr. 33 der *Gazeta Toruńska*

vom 9. Februar 1901:

Die liberal-katholische *Posener Zeitung* schreibt:

In informierten Kreisen befürchtet man allen Ernstes einen neuen Kurs Bülow nach dem Muster des Caprivischen. Vier nachgiebige Posterlasse sind durch ihn veranlaßt, ein weiteres Entgegenkommen steht bevor, theils wegen der Kanalvorlage, theils mit Rücksicht auf das Zentrum.

Diese schrecklichen Erlasse betreffen die polnischen Adressen, und sie schreiben vor, daß man auch polnisch adressirte Sendungen aushändigen darf; wenn neben dem deutschen Namen der Dertlichkeit auch der polnische aufgeführt wird, so soll der Beamte letzteren durchstreichen.

Die Katholiken, die das als Nachgiebigkeit den Polen gegenüber hinstellen, treiben augenscheinlich ihren Spott. Hinsichtlich der *Aera Caprivi* sind wir der Ansicht, daß sie uns mehr geschadet hat, als die *Aera Bismarck* und die *Aera Hohenlohe*, da die kleinen, scheinbaren und vorübergehenden Zugeständnisse sich nur auf das *Posensche* erstreckt haben, während dadurch ein bedeutender Theil unserer Volksgeamtheit auf dem ganzen preussischen Gebiet „*sedanisiert*“ und „*verpreußt*“ worden ist, dann hat man die Zugeständnisse zurückgezogen, aber die Preußenfreundschaft ist geblieben.

Darum können wir ohne Umschweife erklären, daß die Rückkehr der *Aera Caprivi* für uns durchaus

nichts Verlockendes hat. Gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Wenn die Preußen meinen, daß wir ihnen nöthig seien, so mögen sie sich um unsere Freundschaft bemühen, wenn sie aber ohne diese Freundschaft auskommen können, so mögen sie uns verfolgen, und wir werden uns verteidigen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 28 des *Dziennik Slaski*
vom 2. Februar 1901:

Unsere Zukunft hängt von unsern Kindern ab.

Mit Recht verlangen unsere Blätter, daß die Eltern für deren polnische Erziehung Sorge tragen. Sehr oft verüßdigen sich leider sogar solche Eltern, die polnische Zeitschriften lesen, gegen diese heilige Pflicht, indem sie ihre Kinder von klein auf einer germanisirenden Kleinkinderbewahranstalt und demnächst dem deutschen Konfirmandenunterricht zuführen. Ich kenne viele solcher Eltern. Wehe ihnen, denn das sind Verräther; Schimpf und Schande ist es, denn das sind Stumpfsinnige, die sich dem Einflusse oftmals ihrer eigenen Frau nicht zu entziehen verstehen, die der Ansicht sind, daß wenn ihre Kinder etwas deutsch plappern lernen, sie für „Professoren“ oder „Herren“ gehalten werden, daß der Geistliche sie mit „Sie“, dagegen die in polnischer Sprache beichtenden mit „Du“ oder „Ihr“ anreden werde. Was sollen wir da von einer solchen Denkungsart halten? Ein heidnisches Sprüchwort sagt: „Begen die Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!“ Wir haben drei Feinde des Polenthums: der erste ist der schlimmste, nämlich unsere eigene Nachlässigkeit, Leichtfertigkeit und Rathlosigkeit, der zweite ist sehr gefährlich, denn er stützt sich auf den ersten, nämlich die sogar in die Gotteshäuser, in die Kirchen eindringende Verdeutschung und erst in dritter Reihe ist es die Germanisirung durch die Regierung und die Schule. Wie sollen wir uns dagegen wehren? Gegen den ersten und den dritten Feind, der nach Ansicht des Ministers v. Miquel keinen Pardon kennt, müssen wir in der Weise kämpfen, daß wir mit allen Kräften dafür sorgen, daß die in Unkenntniß Lebenden aufgeklärt und belehrt werden, indem wir stets und überall in unseren Kreisen für die polnischen Zeitschriften und das Polenthum eintreten und nicht nur mit dem Munde, sondern auch mit der That Polen sind. Am vorsichtigsten, vernünftigsten, aber zugleich am energischsten müssen wir uns gegen den zweiten Feind schützen, d. i. vor der in die Kirchen sich einschleichenden Germanisirung, die selbst von der „*Echl. Volksztg.*“ anerkannt wird, denn vor Kurzem hatte sie uns bestätigt, daß sogar die Lehrer die Geistlichen kommandiren möchten, indem sie die Kinder nach ihrem Ermessen dem polnischen oder dem deutschen Religionsunterricht zutheilen möchten. Die ganze polnisch empfindende Gesellschaft beschäftigt sich lebhaft damit, welche Fortschritte gerade ein derartiger Feind macht. Ich würde daher den Antrag stellen, erwägen zu wollen, ob nicht in jeder Parochie Jemand sein müßte, der den polnischen Blättern davon Mittheilung machte, welche Aenderung in der Parochialkirche seit dem Jahre 1887 eingetreten ist:

- 1) Ob deutsche Predigten eingeführt wurden, oder ob deren Zahl vermehrt worden ist;
- 2) inwieweit der deutsche Gesang — an Sonntagen oder an den Wochentagen — den polnischen Gesang verdrängt hat;

3) welcher Prozentsatz der Kinder den deutschen Konfirmandenunterricht — wenigstens in dem letzten Jahre — besuchte, ob der Lehrer darüber entscheidet und wie es früher war?

Durch derartige Mittheilungen an die Zeitungsredaktionen würden wir eine Statistik erhalten, die uns über unsere Lage belehrte. Wir könnten dann leichter Abwehrmittel ausfindig machen. Die Redaktion bittet um derartige Nachrichten.

Aus Nr. 16 des Katolik

vom 5. Februar 1901:

Krasnowy im Kreise Plesz.

Der Lehrer Hermann hatte auf den 13. d. Mts. die hiesigen ausgedienten Krieger zwecks Gründung eines Kriegervereins eingeladen. Es meldeten sich jedoch nur wenige, etwa 23, zu dem Verein an. Sie wurden noch einmal auf Sonntag, den 3. Februar, eingeladen. Es fällt auf, daß am Sonntag, den 13. Januar, einige alte Männer erschienen, für die es besser wäre, den Rosenkranz in die Hand zu nehmen, als an Vergnügungen in den Kriegervereinen zu denken. Sie dachten wahrscheinlich, aus Berlin seien für jeden von ihnen 1000 Mark Unterstützung angekommen. Mancher Invalide oder Veteran kann indeß kaum 10 Mark monatlich erhalten. Alle Achtung jedoch vor den Jüngeren, daß sie auf die Gelüste jenes Herrn nicht eingegangen sind, denn meiner Ansicht nach, giebt es bei uns keinen Platz für einen deutschen Kriegerverein. Die ganze Gemeinde ist, mit Ausnahme von drei Lehrern, einem Wachtmeister und zwei jüdischen Familien, polnisch, mögen daher jene sechs Personen für sich einen Kriegerverein gründen, nicht aber für uns, denn wir wissen, daß für die Polen ein Kriegerverein nicht paßt und es ist sogar anderswo vorgekommen, daß man sie dort herauswarf. Meine Ansicht ist folgende: Wer ein Pole ist, wer auch nur einen Funken Nationalität im Herzen hat, der kann in der jetzigen Zeit dem Kriegerverein nicht beitreten. Brüder, ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Diejenigen, welche diese Worte lesen oder sie von seinem Kameraden hören wird, am 3. Februar jene Versammlung nicht besuchen wird. Wenn ich zu einem jener 23 Vereinsmitglieder sagen würde, daß man es germanisiren wolle, würde es wahrscheinlich darüber entrüstet sein und sagen, es werde sich niemals verdeutschten lassen. Aber, mein lieber Bruder, der Kriegerverein germanisirt allmählich. Wozu also ihm erst beitreten? Bei uns würde ein polnischer Verein nöthiger sein, doch darüber verlautet nichts.

Aus Nr. 16 des Katolik

vom 5. Februar 1901:

Aus Miedzna.

Die am Sonntag, den 27. Januar d. Js. von unserem Herrn Pfarrer gehaltene Rede macht auf uns einen unangenehmen Eindruck. Wenig taktvoll erscheint uns seine Behauptung, daß eine solche Gerechtigkeit, wie sie in Preußen herrsche, in keinem anderen Staate anzutreffen sei. Eine solche Behauptung haben wir nämlich aus der Rede des Herrn Pfarrers herausgehört, denn er sagte: „Sehet Euch Oesterreich an, dort giebt es eine solche Gerechtigkeit, wie in unserem Staate, nicht.“ Wir bedauern, daß der Herr Pfarrer die Ungerechtigkeit bis in Oesterreich sucht, während

wir sie doch in Preußen auf Schritt und Tritt sehen. Wo herrscht Gerechtigkeit für uns im preussischen Staat z. B. in Bezug auf die Muttersprache in der Schule, bei den Gerichten und Behörden? Möge nur der Herr Pfarrer auf das den Polen zugefügte Unrecht genau achten und er wird sich sicherlich davon überzeugen.

Aus Nr. 29 des Dziennik Slaski

vom 5. Februar 1901:

Wie entstehen in den Dörfern Kriegervereine?

Ein Freund berichtet uns darüber Folgendes: Die Anregung geht vom Lehrer aus, er spricht mit dem Wachtmeister, dann begeben sie sich beide zu dem Gastwirth, dem Schulzen und den Beisitzern. Ich bin Gemeindevorsteher. Als einmal solch ein Herr zu mir kam und mich unter Hinweis auf mein Amt überreden wollte, einem Kriegerverein als Mitglied beizutreten, erwiderte ich ihm Folgendes: „Mein Amt verdanke ich dem Willen der Bürger. Ich kann meines Amtes walten ohne Rücksicht darauf, ob das einem Vorgesetzten gefällt, wenn ich nur ein reines Gewissen habe und die Wähler zufrieden sind. Ich fürchte Niemand, weder den Polizeibeamten noch den Landrath oder Minister, denn ich bin ein freier Bürger. Ich habe das Amt nur für die Gemeinde, nicht aber für die Kriegervereine oder die Germanisirung übernommen.“ Mit den Schulzen steht zwar die Sache schlimmer, sie unterliegen manchmal dem Drucke, aber nicht alle.

Manchem Lehrer liegt es daran, eine Belobigung, eine Remuneration aus dem „Deutschen Fonds“ u. s. w. zu erhalten.

Der Gendarm und der Polizeibeamte, das sind unzertrennliche Gäste in den Vereinen im Dorfe; in den Städten haben sie wenig zu bedeuten, in den Dörfern drängt sich die Pickelhaube vor. Ein solcher Herr traf aber auf mich wie auf einen harten Stein. Ich bin ein eifriger Anhänger der Freiheit und dulde keine Sklaverei. Ich weiß aber auch, was ich zu thun habe, wenn mich ein solcher Herr an der Zunge zieht oder mir in den Weg kommt.

Aus Nr. 12 der Nowiny Raciborskie

vom 26. Januar 1901:

Kattowitz.

Vor Kurzem ist hier im Hause Querstraße Nr. 12, unmittelbar neben dem Bobref'schen Waarenhause eine polnisch-katholische Buchhandlung von Anton Stoc gegründet worden. Schon seit langer Zeit hat sich bei uns der Mangel einer solchen Buchhandlung, in welcher Jeder seine geistigen Bedürfnisse in der Muttersprache befriedigen könnte, herausgestellt. Es müßten denn auch Alle dieses neue, für uns so sehr nöthige Unternehmen nach Kräften unterstützen, namentlich, da die Buchhandlung alle in ihrem Bereiche liegenden Bestellungen gewissenhaft und pünktlich erledigt. Insbesondere machen wir die Vereine und polnisch-katholischen Genossenschaften, die ihre Bedürfnisse in der neuen Buchhandlung befriedigen könnten, auf dieselbe aufmerksam. In der Buchhandlung befinden sich die Agenturen des Katolik, des Dziennik Slonski, der Gazeta Opolska, der Posener Praca und anderer Blätter des In- und Auslandes. Dem neuen Unternehmer wünschen wir unsererseits viel Glück und Segen!

Aus Nr. 6 der Praca (Beiblatt zum Katolik
vom 5. Februar 1901:

G o t t h a r d g r u b e.

Der Herr Steiger Hain schimpft auf einige Arbeiter in einer recht häßlichen und empfindlichen Weise, z. B. „verfluchte Polaken“, „Lumpen“ u. s. w. Ueberdies setzt er für die geringsten Versehen Strafen fest. Die Arbeiter werden die Schimpfworte solange ruhig ertragen, bis es ihnen zu viel geworden, dann aber möge sich der Steiger Herr H. nicht wundern, wenn die Grube plötzlich leer stehen wird. Alle Arbeiter haben das Recht, nur polnisch zu sprechen, denn in ihrer Muttersprache verstehen sie Alles am besten. Wenn dies Jemanden nicht gefällt, so möge er sich andere Gegenden suchen.

*

Aus der Zinkgrube in Wierk.

In den letzten Wochen des abgelaufenen Jahres ist in den hiesigen Gruben viel entzwei gegangen. Als die Praca unlängst berichtete, daß so manche unserer Mitbrüder durch Ueberschichten viel verdienen wollten, habe ich wahrgenommen, wie sich Viele über diesen Artikel freuten. Ich war deshalb auch der Meinung, daß er irgend einen Erfolg haben werde, doch ich täuschte mich sehr. Die Unkenntniß ist bei Vielen noch zu groß! Brüder, ich will hier nicht ein und dasselbe wiederholen, nur das bemerken, beklagt euch nicht über die Arbeitgeber, daß sie unseren Forderungen gegenüber sich so hartnäckig verhalten, denn wir tragen, wie es sich zeigt, selbst die Schuld daran und die schlechten Zeiten haben wir uns selbst zu verdanken.

Meine Brüder, die wir euch als unsere Führer betrachten, von euch hängt es ab, daß ihr, zu denen wir das Vertrauen haben, uns mit gutem Beispiel vorangeht und eure Angelegenheiten nicht in ein schlechtes Licht stellt. Ihr denket, daß ihr, als die Jüngeren, täglich mehr als eine Schicht arbeiten könnt. Ich sage Euch aber, daß es an der Zeit wäre, diese Sitte aufzugeben, sie hat sich schon Einem von euch recht empfindlich fühlbar gemacht, denn er hat nach kurzer, aber schwerer Arbeit sein junges Leben eingebüßt. Dies kann uns Alle treffen, wenn wir uns nicht gegenseitig daran erinnern.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 17 des Wiarus Polski
vom 7. Februar 1901:

Bericht

**über die Thätigkeit des St. Johann-Vereins
in Uefendorf**

für die Zeit vom 14. Januar 1900 bis 13. Januar 1901.

U e f e n d o r f.

Im verflossenen Jahre zählte der Verein 210 Mitglieder, gegenwärtig sind 199 Mitglieder vorhanden. Die Einnahme betrug 1191,72 Mark, die Ausgabe 1080 Mark, es verbleiben demnach beim Kassirer 111,72 Mark, in der Sparkasse 434,33 Mark, zusammen 545,45 Mark. Im verflossenen Jahre erkrankten 72 Mitglieder. An Krankenunterstützung wurden aus der Kasse 460 Mark gezahlt. Die Bibliothek umfaßt 196 Bücher, welche Eigenthum des Volksbibliothekenvereins in Posen sind. Es benutzten dieselbe 33

Mitglieder. Am 13. Januar fand die Wahl eines neuen Vorstandes statt. Es wurden gewählt: Johann Trzeciakowski zum Vorsitzenden, Stefan Malchrowicz zu seinem Stellvertreter, Anton Patryas zum Schriftführer, Andreas Pencowski zu seinem Stellvertreter, Johann Kaminski zum Schatzmeister, Franz Sobczak zu dessen Stellvertreter, Franz Zombecki zum Bibliothekar, Stanislaus Panlowski zu dessen Stellvertreter, Josef Aminski und Anastasius Suchocki als Beisitzer, Stefan Kuczynski als Fahnenträger, Ludwig Pawlaczyk und Michael Arzyhanek als Fahnenjunker, Franz Kopacki als stellvertretender Fahnenträger, Felix Szap und Johann Markujewski als stellvertretende Fahnenjunker, Johann Glinkowski und Mathias Jezak als Kassenrevisoren.

J o h a n n T r z e c i a k o w s k i, Vorsitzender.
A n t o n P a t r y a s, Schriftführer.

Aus Nr. 30 des Dziennik Berliński
vom 6. Februar 1901:

D ü s s e l d o r f.

Begründer des Vereins war Josef Bochinski, dem es gelang, binnen Jahresfrist 73 Mitglieder dem Verein zuzuführen, aber infolge von Zwistigkeiten unter den Landsleuten verlor unser Verein später eine Anzahl Mitglieder, sodaß er gegenwärtig nur 25 zählt. Unsere Kasse ist nicht reich, denn wir besitzen kaum 20 Mark in baar. Die Mitglieder sind arm und zahlen nicht gern die Beiträge. Von Zeitungen abonniert der Verein nur den Wiarus Polski aus Bochum und die Praca aus Posen, denn zu weiteren Abonnements ist kein Geld vorhanden. Herr Bochinski ist um die Entwicklung des Vereins bemüht, aber das ist keine leichte Sache.

Der Verein hielt im Jahre 43 ordentliche und 4 Vorstandsversammlungen ab. Vergnügungen mit Tanz, Gesang und deklamatorischen Vorträgen veranstaltete der Verein im Jahre 4. Am 14. Oktober 1900 feierten wir das erste Stiftungsfest des Vereins. Zur Feier wurden 21 benachbarte Vereine eingeladen. In den Vorstand wurden für das laufende Jahr gewählt:

Josef Bochinski zum Vorsitzenden, Grobalka zu dessen Stellvertreter, Josef Lorlopp zum Schriftführer, Andreas Majewski zu dessen Stellvertreter, Szmais zum Kassirer, Tomaszewski und Josef Klinger zu Bibliothekaren, Bojacki und Fr. Bialy zu Beisitzern.

D e r V o r s t a n d.

Aus Nr. 18 des Wiarus Polski
vom 9. Februar 1901:

**Bericht über die Thätigkeit
des St. Barbara-Vereins in Oberhausen**
für die Zeit vom 1. Januar 1900 bis 1. Januar 1901.

O b e r h a u s e n.

Anfang 1900 zählte unser Verein zwei Ehren- und 161 aktive Mitglieder, für das Jahr 1901 sind 198 Mitglieder verblieben. Es fanden 4 General-, eine außerordentliche und 16 ordentliche Versammlungen statt. An den Ver-

sammlungen nahmen durchschnittlich 60 bis 70 Mitglieder theil. In der Kasse befinden sich 542,55 M., hiervon in der Sparkasse 400 Mark, der Rest beim Kassirer. In der Bibliothek befinden sich 96 Bücher, hiervon sind 8 eigene, der Rest gehört dem Volksbibliothekenverein in Posen. Die Neuwahl des Vorstandes fand am 1. Januar statt. Es wurden in denselben gewählt: Michael Zuskowiaf als Vorsitzender, Franz Makala als sein Stellvertreter, Anton Pewny als Schriftführer, Johann Zuskowiaf als sein Stellvertreter, Stanislaus Mikolajczak als Schatzmeister, Michael Mikolajczak als dessen Stellvertreter, Stanislaus Kuczynski als Bibliothekar, Johann Lesniewski als sein Stellvertreter, Andreas Smeftala, Josef Kalonowski, Adam Duszynski und Anton Maslonka als Beisitzer, Wladislaus Marciniak als Fahmenträger, Johann Mikolajczak als sein Stellvertreter, Stanislaus Misiaf und Franz Rabak als Fahnenjunker, Anton Eloma und Lorenz Sikora als deren Stellvertreter. Die Versammlungen fanden jeden zweiten und dritten Sonntag im Monat im Lokal des Herrn Seltin in der Nähe der Herz-Jesu-Kirche statt.

Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir zu Händen des Vorsitzenden oder des Schriftführers zu übersenden.

Michael Zuskowiaf, Vorsitzender.

Anton Pewny, Schriftführer.

Aus Nr. 18 des Wiarus Polski

vom 9. Februar 1901:

Bericht über die Thätigkeit des St. Adalbert-Vereins in Höntrop für das Jahr 1900.

Höntrop.

Am Anfange des Jahres 1900 zählte der Verein 49 Mitglieder, für das Jahr 1901 verbleiben 61 aktive Mitglieder. Es fanden 20 ordentliche und 4 Generalversammlungen statt, ebenso 4 Vorstandssitzungen. An den Versammlungen nahmen durchschnittlich 25 bis 30 Mitglieder theil. Die Bibliothek zählt gegenwärtig 211 Bücher, welche mit Ausnahme einiger weniger, dem Volksbibliotheken-Verein Posen gehören. Von der Bibliothek machten 30 Mitglieder Gebrauch, welche zusammen 258 Bücher gelesen haben. In der Kasse verblieben aus dem Jahre 1899 300 Mark, welche sich in der Sparkasse befinden. Die Einnahme im Jahre 1900 betrug 408 Mark, die Ausgabe 268,65 Mark, hiervon gehen ab an Krankheitsunterstützungen 70 Mark; es verbleiben demnach in der Vereinskasse für das Jahr 1901 139 M. 35 Pfennig. Am 13. Januar fand die Wahl eines neuen Vorstandes statt. Es gehören zu demselben: Anton Kufka als Vorsitzender, Franz Malach als dessen Stellvertreter, Anton Genbiaf als Schriftführer, Vincent Wozik als sein Stellvertreter, Ignatz Mackowiaf als Schatzmeister, Jakob Dornin als sein Stellvertreter, Thomas Mackowiaf als Bibliothekar, Michael Szufuj als sein Stellvertreter, Nikodem Laurentowski und Josef Dziwiza als Kassenrevisoren, Franz Przemozny als Fahmenträger, Adalbert Krzyztofiaf als dessen Stellvertreter, Thomas Wilezkowiaf und Kasimir Nowacki als Fahnenjunker, Vincent Stawinski und Johann Jendrzejezak als deren Stellvertreter. Die Versammlungen finden jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat im Lokal von Knappmann in der Nähe der Kirche statt.

Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir an die Unterzeichneten zu senden.

Anton Kufka, Vorsitzender.

Anton Genbiaf, Schriftführer.

Aus Nr. 19 des Wiarus Polski

vom 12. Februar 1901:

Bericht über die Thätigkeit des Wenzel-Vereins in Vinden für das Jahr 1900.

Vinden a. Ruhr.

Anfang 1900 zählte der Verein 93 Mitglieder, gegenwärtig besitzt er 107 aktive Mitglieder. Die Einnahme betrug 680,70 Mark; aus dem Jahre 1898 waren 302,46 Mark verblieben, zusammen also 983,16 Mark.

Die Ausgabe belief sich auf 482,15 Mark, es verbleiben demnach in der Kasse für das nächste Jahr 411,01 Mark. An franke Mitglieder wurden 323,50 Mark ausgezahlt. Der Verein veranstaltete 24 Versammlungen, darunter 4 Generalversammlungen. Einen polnischen Geistlichen hatten wir fünf Mal. In der Bibliothek besitzen wir 160 Bücher, von denen 148 dem Volksbibliothekenverein in Posen gehören. Am 13. Januar fand die Jahres-Generalversammlung, sowie die Wahl eines neuen Vorstandes statt. Es gehören zu demselben der hiesige Kaplan als Ehrenvorsitzender, Andreas Klemizef als Vorsitzender, Josef Konczak als dessen Stellvertreter, Marcell Galinski als Schriftführer, Thomas Jakobczak als dessen Stellvertreter, Megidius Wlodarczyk als Kassirer, Johann Rutkowski als dessen Stellvertreter, Johann Biejota als Bibliothekar, Ignatz Wydra als sein Stellvertreter, Michael Lowipus als Fahmenträger, Stanislaus Szufalski als dessen Stellvertreter, Stefan Porz und Stanislaus Walenski als Fahnenjunker, Valentin Kaczor und Viktor Cynusta als deren Stellvertreter, Kasimir Teplitz und Josef Zymelka als Kassenrevisoren, Franz Rapidz als Kranken-Oberrevisor, Johann Kędziora und Roman Kozrzewa als Krankenrevisoren in Vinden, Josef Szlama und Thomas Pawlicki in Dahlhausen an der Ruhr. Die Versammlungen finden jeden zweiten und vierten Sonntag in jedem Monat statt.

Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir an den Vorsitzenden oder Schriftführer zu senden.

Andreas Klemczak, Vorsitzender.

Marcell Galinski, Schriftführer.

Aus Nr. 19 des Wiarus Polski

vom 12. Februar 1901:

Jahresbericht über die Thätigkeit des St. Barbara-Vereins in Bochum für die Zeit vom 14. Januar 1900 bis 13. Januar 1901.

Bochum.

Anfang 1900 besaß unser Verein 120 aktive Mitglieder. Gegenwärtig sind 105 Mitglieder vorhanden. Die Thätigkeit des Vereins war dieselbe wie in früheren Jahren. Wir hatten 27 Versammlungen, hierunter 12 Generalversammlungen. An den Versammlungen, welche just zweimal im Monat stattfanden, nahmen 15—30 Mitglieder theil. Der Verein besitzt in der Bibliothek 152 Bücher. Im verflossenen Jahre wurden 158 Bücher gelesen. In den neuen Vorstand für

das Jahr 1901 wurden gewählt: Kasimir Kozłowski als Vorsitzender, Stefan Czymanski als dessen Stellvertreter, Thomas Cybertowicz als Schriftführer, Janicki als dessen Stellvertreter, Wladislaus Jalkiewicz als Schatzmeister, Franz Smiech als dessen Stellvertreter, Pawlowicz als Bibliothekar, W. Przybylak als dessen Stellvertreter, Sibilski und Jasiak als Kassenrevisoren, Nikolaus Język als Fahnenträger, Andreas Bajinski als dessen Stellvertreter, Thomas Michalski und Johann Przybylak als Fahnenjunker, Krolewicz und Paszkowiaak als deren Stellvertreter; zur Krankenkommision gehören: Kozłowski, Cybertowicz, Jalkiewicz, Adamski, Stolpe, Janikowiaak, Krzeszewski.

Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir an den Vorsitzenden oder Schriftführer zu senden.

Kasimir Kozłowski, Vorsitzender.
Thomas Cybertowicz, Schriftführer.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 6 der Gazeta Robotnicza
vom 9. Februar 1901:

Posen.

Die Ergänzungswahlen für den Reichstag an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Mottz werden am 11. März stattfinden. Den polnischen Sozialdemokraten in Posen wird diesmal die Rolle zufallen, ruhig zuzuschauen, solange diejenigen Elemente, welche alles aufbieten, um Posen vom polnischen Proletariat loszureißen, und die polnische sozialdemokratische Partei zu zerschlagen, zu verstümmeln und zu vernichten, nicht gedemüthigt worden sind.

Aus Nr. 30 des Ogródownik
vom 6. Februar 1901:

In den Kreisen der polnischen Sozialisten in Berlin

welche es mit der polnisch-sozialdemokratischen Partei halten, genießt Herr Kasprzak keinen besonderen Ruf. Wir haben bereits davon geschrieben. Heute geht uns aus Berlin — natürlich aus jenen sozialistischen Kreisen ein Brief nachstehenden Inhalts zu:

„In Nr. 23 des Ogródownik vom 27. Januar ist bemerkt, im Königreich habe sich eine neue sozialdemokratische Partei unter dem Namen „Proletariat“ gebildet. Es ist das ein Häuflein Menschen, welche, des materiellen Nutzens wegen (sie sind ein Werkzeug in deutschen Händen hier, im Königreich aber in den Händen der russischen Sozialisten) kämpfend, im Grunde genommen hier die Ziele der Germanisirung, dort diejenigen der Russifizierung verdecken, — es sind mit einem Worte hakatistische Sozialisten. Sie kämpfen nur unter dem Deckmantel des Sozialismus, wie bei uns Rosa Luxemburg, Dr. Winter, Gogowski und Kasprzak. Und ob diese Klique will oder nicht, früher oder später werden alle sozialistischen Organisationen in den drei Landestheilen sich zu einer polnisch-sozialdemokratischen Partei vereinigen.“

Wohin die Politik dieser Klique führt, das sehen wir in Posen. Die Deutschen drängen den Polen als Kandidaten Kasprzak auf, was dieser aber werth ist, beweist seine Ausschließung aus der polnisch-sozialdemokratischen Partei.

Das alles ist die Frucht von Bedienten der deutschen sozialdemokratischen Partei. Was die Kandidatur des Herrn Kasprzak werth ist, davon wird sich die Redaktion aus dem vom ausländischen Komitee erlassenen Aufruf überzeugen, den ich beifüge. Er lautet:

An die Wähler des Wahlkreises
Posen.

Bürger! Wähler! Einige Persönlichkeiten, denen wahrscheinlich von der Vergangenheit Martin Kasprzak's nichts mehr bekannt ist, haben die Kandidatur dieses Herrn für die bevorstehenden Ergänzungswahlen zum deutschen Reichstage in Euerem Wahlkreise aufgestellt. Angesichts dessen erachten wir es als unsere Pflicht, Euch die Vorwürfe in Erinnerung zu bringen, die auf Martin Kasprzak schon seit dem Jahre 1892 lasten. Vor den zuständigen Instanzen der Partei sich von ihnen zu reinigen, hat er bis heutigen Tages nicht einmal den Versuch gemacht. Wir bieten nachstehend den Wortlaut der vom Zentral-Komitee der Partei „Proletariat“ im russischen Landestheil erlassenen Warnung.

Für das Auslandskomitee
der polnisch-sozialistischen Partei
B. A. Jendrzejewski, L. Blochowski,
Dr. Felix Berl.

(Es folgt der in voriger Nummer des „Gesamtüberblicks“ bereits gebrachte Text der Warnung vor Kasprzak. D. Red.)

Aus Nr. 35 des Naprzód (Kraau)
vom 5. Februar 1901:

Die Angelegenheit des Professors Lutoslawski.

Von Professor Lutoslawski haben wir einen Brief folgenden Inhalts erhalten:

„Von dem Dekan der philosophischen Fakultät der Kraauer Universität habe ich die Benachrichtigung erhalten, daß die Minister W. und D. durch Reskript vom 15. Januar d. J. beschlossen haben:

Den Privatdozenten der Psychologie, Logik und der Geschichte der griechischen Philosophie Dr. Wincent Lutoslawski in Folge seines von den Ärzten bestätigten ungünstigen Gesundheitszustandes bis auf Weiteres von der Ausübung der *venia legendi* zu dispensiren.

In Anbetracht dessen will ich Folgendes zur Kenntniß meiner Hörer bringen:

1. Mein Gesundheitszustand hat hinsichtlich der zu den Vorlesungen erforderlichen Kräfte nichts zu wünschen übrig gelassen und thut dies auch jetzt noch nicht. Ich habe im Laufe des Jahres 1900 aus Gesundheitsrückichten keine Vorlesung ausfallen lassen, obwohl ich, wie jeder Mensch, welcher geistig arbeitet, tagsüber eine große Anspannung verspüre.

2. Kein Arzt hat mich in Kraau untersucht; die Ärzte, welche meinen ungünstigen Gesundheitszustand konstatirt haben, haben sich daher einer Verleumdung schuldig gemacht, um mich beim Ministerium zu diskreditiren und mir auf diese Weise die Möglichkeit zu nehmen, meinen Verpflichtungen gegenüber meinen Hörern Genüge zu leisten. Wenn jene verleumderische Konstatirung meines Gesundheitszustandes, wie ich anzunehmen Grund besitze, von den Universitätsprofessoren ausgegangen ist, so haben diese nebenbei noch ehrlos und unehrenhaft gehandelt, weil sie sich als Werkzeuge einer politischen Partei mißbrauchen ließen, welche

die nationale Philosophie aus der Krakauer Universität beseitigen wollen.

3. Ich werde mich nach der von mir nicht nachgefragten Dispensierung nicht richten, welche mir vom Minister erteilt worden ist, sondern werde meine Vorlesungen am ersten Mittwoch nach dem 13. Februar in der Universität oder außerhalb der Universität fortsetzen, um meinen Verpflichtungen gegenüber meinen Hörern Genüge zu leisten und die verleumderischen Insinuationen der Krakauer Ärzte Lügen zu strafen."

Jena, am 1. Februar 1901.

W. Lutoslawski.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 4 des Kraj
vom 8. Februar 1901:

Herr Kasimir Renczierski theilt in der Gazeta Narodowa mit, in wessen Händen sich heutzutage der größere Grundbesitz in Galizien befindet. Aus der Zusammenstellung, welche sich auf die Grundlage der Wählerlisten des Reichsraths aus der Kurie des galizischen Großgrundbesitzes stützt, ist zu ersehen, daß auf die Gesamtzahl von 2216 Großgrundbesitzern 1628 ($73\frac{1}{2}\%$) Polen, 327 (15%) Juden, 110 (5%) Ausländer entfallen, d. h. solche Besitzer, die entweder außerhalb des Landes wohnen, wie z. B. Erzherzöge und verschiedene Geschlechter der deutschen Aristokratie, oder solche, die, wenngleich sie auch im Lande wohnen, sich ständig der deutschen Sprache als Umgangssprache bedienen, wie alle Nachkommen der deutschen Kolonisten, welche in den letzten Zeiten größere Grundbesitzungen erworben haben, fernerhin 57 ($2\frac{1}{2}\%$) bauerliche Genossenschaften, 82 ($3\frac{1}{2}\%$) Geistliche und schließlich 12 ($1\frac{1}{2}\%$) öffentliche Institutionen. Aus dieser Zusammenstellung ist fernerhin zu ersehen, wie im westlichen Theile des Landes ein bedeutender Theil des Grundbesitzes Eigenthum der Ausländer geworden ist, sich im östlichen Theile des Landes und in den an der Grenze gelegenen Kreisen ein noch größerer Theil bereits im Besitze der Juden ist.

Aus Nr. 67 des Kurjer Poznański
vom 10. Februar 1901:

Das polnische Gymnasium in Teschen.

Die weitere Existenz des mit vieler Mühe ins Leben gerufenen und sich vorzüglich entwickelnden Gymnasiums in Teschen ist bedroht. Wie wir uns aus einer uns zugegangenen, vortrefflich gearbeiteten Denkschrift überzeugen, sind die Fonds, über welche der Schulverein verfügt, so kleine, daß sie nicht einmal dazu hinreichen, die Anstalt ein Jahr lang zu erhalten. Mit der Bildung der 6. Klasse haben die Unterhaltskosten des Gymnasiums im Jahre 1899-1900 die hohe Summe von 57 455 Kronen erreicht, während sich in der Kasse des Schulvereins kaum 32 695 Kronen befinden.

Die Denkschrift hebt mit Recht hervor, daß die Gesamtheit sich bereits bei der gegenwärtigen Unterhaltung des Schulvereins überanstrengt hat

und daß bedeutende Spenden und Beiträge nicht zu erwarten sind. Zwar erhält das Teschener Gymnasium von der Regierung eine Subvention; aber diese Beihilfe, die für 1899 16 000 Kronen betrug, ist in Anbetracht der Ausgaben absolut unzureichend. Der schlesische Landtag, an den man sich wiederholt wegen einer Subvention gewandt hat, hat diese Bitte stets abgewiesen. Die Wohlgesinnten, welche die Denkschrift unterzeichnet haben, erblicken den einzigen Ausweg aus der drohenden Lage in einer energischen Aktion der polnischen Fraktion im österreichischen Reichsrath zwecks sofortiger Verstaatlichung des Teschener polnischen Gymnasiums.

Die Denkschrift haben außer dem Ausschuß des Schulvereins, der aus den Pfarrern Thomas Dudek und Joseph Londzin, sowie aus dem Rechtsanwalt Dr. Michejda besteht, nachfolgende Personen unterzeichnet: Pfarrer Budny aus Międzybrzez, Dr. Danielak und Professor Sokolowski aus Krakau, Pfarrer Swiezy, Peter Barniak und Andreas Slawicki aus Teschen, Pfarrer P. Moron aus Richwald, Pfarrer Kurowski aus Rudzice und Michael Janik aus Brody.

Aus Nr. 65 des Kurjer Poznański
vom 9. Februar 1901:

Die galizischen Kaufleute brechen die Handelsbeziehungen zu Deutschen ab.

Die Krakauer kaufmännische Kongregation hat die Kaufleute in einem Aufruf aufgefordert, aufzuhören, ihre Waaren vom deutschen Handelsmarkt zu beziehen und dafür engere Handelsbeziehungen mit anderen Ländern anzuknüpfen. Der Aufruf hat die galizischen kaufmännischen Kreise lebhaft interessiert und man beginnt schon, jenen Vorschlag in die That umzusetzen. In dieser Angelegenheit hat der Krakauer Czasa nachstehendes Schreiben erhalten: „Nachdem ich in den Zeitungen die Resolution der kaufmännischen Kongregation gelesen, die zum Zweck hat, alle Handelsbeziehungen zu Deutschen abzubrechen und sich zwecks Versehen unserer Stadt mit englischen Artikeln direkt mit England in Verbindung zu setzen, schrieb ich sofort an die englische Zeitung Standard, um durch deren Vermittelung die Ausführung des von der kaufmännischen Kongregation gefaßten Beschlusses zu erleichtern. Als Antwort auf meinen Brief erhielt ich von einem Londoner Handelsagenten ein Schreiben, in welchem er um Aufklärung darüber ersucht, welche Waaren auf dem Krakauer Markt und in der Umgegend am meisten begehrt seien. Sobald er durch meine Vermittelung nähere Einzelheiten erhalten haben werde, werde er mit Waarenproben nach Krakau kommen. Ich ersuche die geehrten Mitglieder der kaufmännischen Kongregation, mir zwecks näherer Verständigung eine Liste der gewünschten Waaren zukommen zu lassen. Michael Heinrich Dziemicki, Lektor der englischen Sprache an der Jagellonischen Universität in Krakau.

